

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

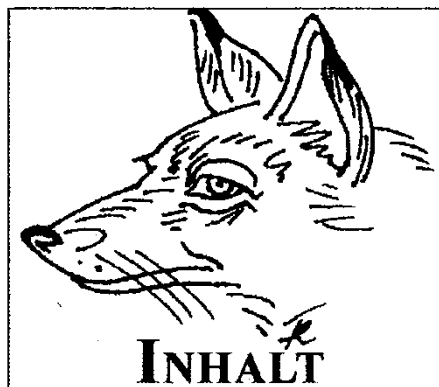
Wandel durch Annäherung

Es gibt Leute, die halten Egon Bahr - den geistigen Urheber der „Konterrevolution auf Filzlatschen“ - nicht nur für einen scharfen Denker mit nüchternem Urteilsvermögen, sondern auch für einen gemäßigten und maßvollen Politiker der deutschen Sozialdemokratie. Manche sehen in ihm sogar einen Linken. Der klügste Mann der SPD - er hebt sich von dem öden Gedümpel ins Rampenlicht drängender Kleingeister ab - besticht durch die Solidität seiner Analysen und den Verzicht auf vordergründiges Brimborium. Das hat er nicht mehr nötig. Die Zeiten des 17. Juni 1953 liegen lange zurück, als Egon Bahr die Bürger der DDR über den RIAS zum „Volksaufstand gegen das SED-Regime“ aufhetzen und aufheizen wollte. Seitdem hat er vieles gelernt, doch das Einmaleins und das ABC seiner Ideologie nicht verlernt: den Antikommunismus. Längst bevorzugter subtilere Waffen als Gift und Dolch. Als der von Haß auf die Sowjetunion überschäumende USA-Präsident Ronald Reagan die UdSSR als „Reich des Bösen“ verteuflte und Washingtons antikommunistischer Strategie-Planer Zbigniew Brzezinski das leicht zu durchschauende Lösungswort ausgab, den Sozialismus „in der Umarmung zu erwürgen“, nannte Bahr seine Variante desselben Konzepts „Wandel durch Annäherung“. Er war der Architekt der ideologischen Aufweichung und schleichenden Zersetzung der Kampfkraft der SED, die manche revisionistischen Avancen aus Moskauer Richtung zwar durchschaute, den vor allem von Bahr lancierten SPD-Offerten aber auf den Leim ging. Seit 1989 kümmern sich Experten wie er intensiv um „Wandel durch Annäherung“ unter neuen Bedingungen. Gemeinsam mit ihren Gewährleuten in PDS-Vorstandsetagen arbeiten sie auf die komplexe Sozialdemokratisierung der Partei des Demokratischen Sozialismus hin - sehr zum Leidwesen vieler aufrechter Sozialisten und Kommunisten in deren Reihen.

Während sich Ex-KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in Moskau gerade um den Vorsitz der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Menschewiki) bewirbt, wird auch in Berlin eifrig gekurbelt. Am 27. Oktober 1999 brachten das PDS-eigene Blatt „Neues Deutschland“ und der SPD-eigene „Vorwärts“ zeitgleich ein ganzseitiges Doppelinterview mit Egon Bahr und Lothar Bisky. Ein überdimensionales Foto zeigte beide Sozialdemokraten auf einer Couch im Hof des Willy-Brandt-Hauses der SPD. „Wandel durch Annäherung?“ lautete die Überschrift. Nur einen Tag später forderte Gregor Gysi im Südwestrundfunk den „Abschied von überlebten Sozialismus-Modellen“. Seine Partei müsse begreifen, „daß es nicht mehr um einen Wechsel sozusagen über Nacht vom Kapitalismus zu einem völlig anderen System“ gehe. „Schritt für Schritt“ solle „eine Gesellschaftsstruktur geschaffen werden, in der die Kapitalinteressen den sozialen Interessen der Menschen untergeordnet“ seien. Wenn jemand eine solche Position als Sozialdemokratisierung der PDS bezeichne, störe ihn das angesichts des derzeitigen Zustands der SPD nicht, erklärte Gysi. Und er fügte hinzu: „Dann hätten wir wenigstens wieder eine Sozialdemokratie in Deutschland“.

Deutsche Gorbatschows? Verkauf von Haus und Hof? Verrat an den eigenen Genossen? Wandel durch Annäherung? Diese Fragen müssen sich PDS-Genossen stellen und beantworten. Die jüngsten Äußerungen sollten eine Änderung der Haltung der DKP zur PDS in dem Sinne herbeiführen, daß es sich künftig im Verhältnis beider Parteien zueinander um notwendige Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten handelt. Allen in der PDS, die weiter Linkskurs halten und auf Klassenpositionen bleiben, gehört unsere unverbrüchliche Solidarität

S.R.



Wandel durch Annäherung	S. 1
Der 9. November und die Mauer	S. 2
Über das Rösten von Schneebällen	S. 3
Des Pudels Kern	S. 4
Beeindruckende Bilanz * BMV der DKP Brandenburg	S. 5
Besitzt der Osten ein spezifisches Gewicht?	S. 6
Dehmlichkeiten	S. 7
„In die Gesellschaft hinein öffnen“	S. 8
Gregor und der Frieden	S. 8
Der Knoten Tschetschenien	S. 9
Leoparden in den Kaukasus	S. 10
Die Schüsse von Wyborg	S. 11
Die erfundenen Massengräber	S. 12
Zur Theorie der revolutionären Situation	S. 13
Einwurf eines RotFuchs-Lesers	S. 14
Tod eines Kommunisten	S. 15
Beute als Köder	S. 16
Mackensen als Torgauer Idol	S. 17
Vier Koffer mit Uhren * Reporterskizzen (18)	S. 18
Am Rande bemerkt * Kunst, Kultur & Politik	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Vermischtes	S. 24

Solidarität mit Egon Krenz!

Das Urteil gegen ihn offenbart die ganze Infamie der BRD-Klassenjustiz!

Bemerkungen zu einem „10. Jahrestag“

Der 9. November und die Mauer

Kürzlich bat mich ein Chefredakteur um einen „Beitrag zum 9. November“. Gemeint war der Tag, an dem die „Mauer“ aufgerissen wurde. Das sei „ein entscheidender Tag“ gewesen, und ich solle mich „erinnern“, was ich „an jenem 9. November gedacht“ habe... Nun, ich habe daran gedacht, daß Deutschland an einem 9. November noch niemals etwas Gutes widerfahren ist. Am 9. November 1918 wurde eine Revolution im Blut erstickt, aus der eine sozialistische Republik erwachsen sollte. Damals wie heute lautet die Tagesordnung: bürgerliche oder sozialistische Demokratie. Am 9. November 1923 scheiterte hinter der Münchener Feldherrenhalle Hitlers Bierkeller-Putsch (aber nur aufgrund von politischem Dilettantismus). Am 9. November 1938 ließen Hitler und Goebbels ihre SA und SS los und inszenierten das Juden-Pogrom, das von famosen „Historikern“ immer noch beschönigend als „Kristallnacht“ bezeichnet wird. Und am 9. November 1989 wurde die längste Periode beendet, in der Europa ohne Krieg war. Ich halte diesen - mit Reichstagsitzung einschließlich Gorbatschow-Rede, Fahnenappellen, Marschmusik und verlogenen Leitartikeln und Kommentaren begangenen und gepriesenen - 9. November 1989 nicht für einen „entscheidenden Tag“. Denn jedes Ereignis hat Vorgeschichte, Hintergründe und Zusammenhänge. Mit Errichtung und Bau der „Mauer“ hat dieser Tag nur nebensächlich etwas zu tun.

Den Beginn der „Mauer“ datiert die Stuttgarter Rede des USA-Außenministers Byrnes, mit der er 1946 die Antihitlerkoalition aufkündigte. Im selben Jahr erfand Winston Churchill in Fulton den „Eisernen Vorhang“ senkrecht durch Europa. Am 7. September (!) 1949 wurde unter Bruch diverser Abkommen die BRD gegründet (also vier Wochen vor der Deutschen Demokratischen Republik): Das war die Spaltung Deutschlands, die Konstituierung der Staatsgrenze (nicht „innerdeutsch“). Dann trat dieser deutsche Separatstaat der NATO bei (und leistete damit den deutschen Beitrag zur Spaltung Europas). Und schließlich - F. J. Strauß plauderte es öffentlich aus - wollte man „bis zum Ural“. Für Konrad Adenauer und die großbürgerlichen Familien an Rhein, Ruhr, Main und Alster begann ja ohnehin „hinter der Elbe Sibirien“.

Dazwischen lag die DDR. Grenze an Grenze mit dem Nachfolgestaat Großdeutschlands, und mitten drin eine „Frontstadt Westberlin“. Ich habe mit eigenen Ohren im Bundestag und auf dem Bonner Marktplatz Konrad Adenauer schwadronieren gehört. „Es geht nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Befreiung der Ostzone“ und „Ich möchte noch die Bundeswehr mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor marschieren sehen“. Im ersten Nachkriegskabinett Adenauer saßen wesentlich mehr Mitglieder der Nazi-Partei als im ersten Hitler-Kabinett 1933, als die deutschen Banken, Monopole und Junker dem „Führer“ die Regierungsgewalt - nicht die Macht! - in den Schoß gelegt hatten. Dieser

deutsche Nachkriegsstaat, heute als Vorkriegsstaat ausgewiesen, hatte Bundespräsidenten, also Staatsoberhäupter wie Lübke (Hitlers KZ-Baumeister), Heuß (im März 1933 im Reichstag Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“) und Carstens (Verbindungsmann zwischen Ribbentrops Außenministerium und Goebbels' Ministerium für „Volksaufklärung und Propaganda“). Dazu 2 300 Staatsfunktionäre, 1 118 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 520 Diplomaten, 300 hohe und höchste Polizeischergen sowie 180 Generale und Admirale - die allesamt mitverantwortlich waren für Hitler und Himmler, Kriege und Faschismus, Fremdarbeiter und Vernichtungslager. Und Leute dieser Abkunft sitzen über uns zu Gericht! Wäre nicht schon 1949 ein Antifaschistischer Schutzwall ein Gebot des Friedens in Europa und der Welt gewesen?

Wie sollten solche Leute einem Staat gegenüberstehen und ihn in ihre Planungen einbeziehen, der „nicht über und nicht unter andern Völkern“ sein wollte, „von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein“? Bertolt Brecht wurde durch Bonns Außenminister von Brentano mit dem Nazi-Zuhälter Horst Wessel verglichen, nachdem er vorher auf McCarthys Liste gestanden hatte - wegen „unamerikanischen Verhaltens“. „Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint!“ hieß es in der Nationalhymne dieses verruchten „Unrechtsstaates“. Johannes R. Becher war mit seiner „Spalterhymne“ - pfui Teufel! - als Kommunist verschrien. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Honecker hatten die Forderung „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ zur Staatsdoktrin erhoben. Honecker nannte atomare Raketen - auch die sowjetischen - „Teufelszeug“, das „weg“ müsse.

War das kein „Wendepunkt in der Geschichte Europas“? Hatte Stalin damit etwa unrecht? Mußte das nicht geschützt und gesichert werden, als die NATO-Bedrohung immer hörbarer und sichtbarer wurde? Jeder Staat hat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu sichern und zu schützen. Die Strenge einer Grenzordnung hängt allein vom Verhalten auf der anderen Seite ab! Westlich unserer Staatsgrenze ging es besonders aggressiv zu - nicht nur mit Worten, sondern auch mit NATO- und Bundeswehrtaten und deren Manövern. Es gab keinen „Schießbefehl“, aber Befehle und Maßnahmen, die unsere Grenze sicherten, die die empfindliche Nahtstelle zwischen friedlichem Sozialismus und kriegslüstemem Kapitalismus war. Solange die Deutsche Demokratische Republik existierte - und ihre Nationale Volksarmee, ihre Grenztruppen, die Sowjetarmee und der Warschauer Pakt an unserer Grenze - solange durfte es keine Bundesregierung wagen, einen Krieg zu führen! Auch Bewacher und Verteidiger dieser brisantesten und gefährdetsten Grenze der Welt kamen ums Leben, wurden ermordet

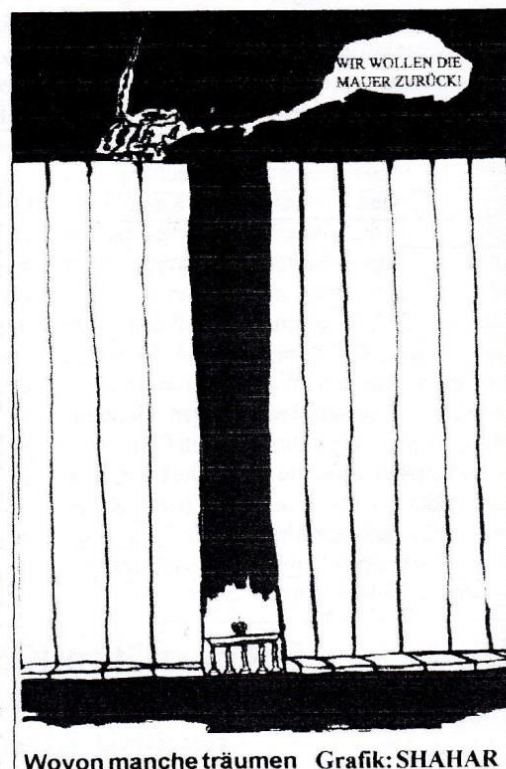
von „Mauerschützen“: von westdeutschen „Bundesgrenzschützern“, von westdeutschen Zollbeamten, von westberliner Polizisten. Und von solchen, die vor Strafverfolgung „die Freiheit wählten“, die von westlichen Politikern und Medien verführt (die DDR sei ja „gar kein Staat“, man gehe „nicht über eine Grenze, sondern nur von Deutschland nach Deutschland“) oder aus Haß auf den Sozialismus gegen klare Gesetze und eine international übliche Grenzordnung verstießen und ihren Staat verrieten.

Wer an dieser harten Grenze zwischen zwei unvereinbaren Weltanschauungen, zwischen zwei Systemen, die sich wie Feuer und Wasser verhalten, wer hier Dienst tat, handelte getreu seinem Eid nach Gesetzen und Befehlen seines Parlaments, seiner Regierung und seiner Vorgesetzten; er tat seine Pflicht und ist aller Ehren wert.

Noch nie hat eine Grenze Spannungen und Kriege hervorgerufen. Diese werden immer nur von solchen verursacht und begonnen, die Grenzen nicht anerkennen und verletzen. Die „Mauer“ hat, solange sie stand, die Grenzen des Imperialismus sichtbar gemacht. Sie war gewiß nicht das schönste, dafür aber das segensreichste Bauwerk Europas: Sie erhielt von 1961 bis 1989 den Frieden! Oder war es etwa nicht so: Erst mußte die „Mauer“ weg, damit die DDR schutzlos blieb. Dann mußte die DDR weg, damit Bonn Soldaten ins Ausland schicken und wieder - zunächst in Jugoslawien - Krieg führen konnte!

Nach welchen Gesichtspunkten werden in dieser schizophrenen Welt eigentlich Friedens-Nobel-Preise und Gefängnisstrafen verteilt?

Karl-Eduard von Schnitzler



Wovon manche träumen Grafik: SHAHAR

Zur verräterischen Rolle Michail Gorbatschows

Über das Rösten von Schneebällen

Manche setzen, wenn sie von Gorbatschow sprechen, das Wort Verräter behutsam in Anführungszeichen - als ob er gar kein richtiger Verräter gewesen sei. Andere wiederum leugnen überhaupt, daß es in der sowjetischen Politik Verrat gegeben habe und reihen den heutigen Sozialdemokraten und BRD-Höchstordensträger Gorbatschow gar unter die Vorkämpfer des „demokratischen Sozialismus“ ein.

Wir werden in dieser und in folgenden Ausgaben des „RotFuchs“ die Judas-Rolle des Herrn Gorbatschow eingehend dokumentieren. Die hier veröffentlichten Auszüge sind dem im Juni (!) 1989 im Selbstverlag erschienenen Essay des Bergmannes und Publizisten Rolf Vellay „Mehr Sozialismus mit Gorbatschow?“ entnommen.

Meinungsumfragen in der BRD weisen für den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Staatschef der UdSSR, Michail Gorbatschow, eine höhere Popularität aus als für den Präsidenten der USA. Ein Buch des Kommunisten M. Gorbatschow erreicht in unserer, den Wahlergebnissen nach zu urteilen zu 99,8 Prozent den Kommunismus ablehnenden Gesellschaft, eine Auflage von mehr als 500 000 Exemplaren.

Das ist beunruhigend, das sind höchst verdächtige Erscheinungen, da stimmt etwas nicht! (...)

1985 wurde Michail Gorbatschow nach sieben Jahren erfolgloser Tätigkeit als ZK-Sekretär für Landwirtschaft zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt. Bald nach seinem Machtantritt gingen die von ihm kreierten Worte „Perestroika“ und „Glasnost“, „Demokratisierung“ und „Neues Denken“ um die Welt, und mit ihm begann die „zweite russische Revolution“. Und je mehr er äußerst medienwirksam seine Ideen in mittlerweile schon unübersehbar vielen Interviews und Reden, Zeitungsartikeln und Büchern der staunenden Welt kundtat, umso mehr wandelten sich Ronald Reagan und Margaret Thatcher, Helmut Kohl und François Mitterand, Franz Josef Strauß, der Heilige Vater und, und, und, ... - wen soll man sonst noch alles aufzählen von den Führungskadern des Imperialismus? - sie alle wandelten sich unter dem charismatischen Einfluß von Michail Gorbatschow zu echten Revolutionären, denn sie begrüßen seine Reformen und wünschen ihm Erfolg bei seiner „Revolution“. (...)

Wie erklärt sich nun das Phänomen des nahezu uneingeschränkten Beifalls der internationalen Reaktion für die Aktivitäten des ersten Mannes der bisher stets als Bedrohung empfundenen Sowjetunion? Gorbatschow zwingt sie zum Beifall zu seinen friedens- und Abrüstungspolitischen Initiativen, die letztlich auf eine weltpolitische

Kapitulation hinauslaufen. (...)

Die Begeisterung der westlichen Welt für Gorbatschow erklärt sich ganz natürlich daraus, daß er einfach entscheidenden Forderungen des Westens nachgekommen ist - vom Abbau der SS 20 bis zum Rückzug aus Afghanistan, von der „Freilassung“ Sacharows bis zur Anerkennung sowjetischer Überlegenheit in der Panzerrüstung. Doch all das ist nicht der Kern der Euphorie. „Das Kapital ist scheu wie ein Reh“ heißt es, um die überaus große Sensibilität der Kapitalgeber hinsichtlich drohender Gefahren für den Profit anschaulich ins Bild zu setzen. Umgekehrt haben die Vertreter des Kapitals einen sechsten und vielleicht sogar einen siebten Sinn für sich andeutende Verwertungschancen. Da haben denn auch gleich nach den ersten grundsätzlichen Statements von Gorbatschow die Alarmglocken schrill geläutet. Der Kern der Dinge ist überall die Ökonomie, und da war dann bei Gorbatschow von „Umbau der Wirtschaft“ und „ökonomischen Hebeln“ die Rede, von „Rentabilität der Betriebe“, denen andernfalls der „Bankrott“ drohe, von der „Wirksamkeit der Marktgesetze“ und „sozialistischen Unternehmern“, von „Joint Ventures“ mit ausländischer Kapitalbeteiligung und „Sonderwirtschaftszonen“ mit uneingeschränkten Betätigungsmöglichkeiten für ausländische Kapitalgeber und schließlich von neuen „Eigentumsformen“. Bahnt sich da ein grundsätzlicher Wechsel an? (...)

Ein Überblick über die zur ökonomischen Umgestaltung erlassenen Gesetze zeigt, daß mit ihnen der Weg geöffnet wird für die Schaffung einer kapitalistische Wirtschaftsabläufe ermöglichenden ökonomischen Struktur: vom „Fabrikgesetz“ über das Gesetz zur Zulassung privater Nebenerwerbsarbeit, vom Genossenschaftsgesetz bis zum Pachtgesetz. Letzteres gestattet laut FAZ vom 10.4.1989 „Land, Bodenschätze, Fabriken, Kleinbetriebe, Gebäude, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und andere Werte“ zu pachten, bis zur Dauer von „50 Jahren und mehr“.

Kein anderer als Herr Dregger erklärte im Zusammenhang mit einer deutsch-sowjetischen Begegnung Anfang März in Bonn laut „Deutschlandfunk“ vom 6.3.1989: „Wir wünschen Generalsekretär Gorbatschow ausdrücklich Erfolg bei seinen Reformen“. Es gibt sicher gute Gründe, wenn man bisher solche Wünsche für einen Erfolg der Politik Erich Honeckers seitens Dreggers vermißt. Ebenfalls laut DLF-Nachrichten vom 1.4.1989 begrüßte eine andere Koryphäe des gesellschaftlichen Fortschritts die Reformen Gorbatschows: NATO-Generalsekretär Manfred Wörner. Recht hat er leider mit der bei gleicher Gelegenheit getroffenen Feststellung, die Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie sei auf ihren tiefsten

Punkt seit der Veröffentlichung des Manifests gesunken. Und das ist richtig nicht obwohl, sondern weil der „Spiegel“ Gorbatschow zum „Mann des Jahres“ erwählt hat!

Auch der guten Wünsche von Franz Josef Strauß konnte Michail Gorbatschow sicher sein. Dieser äußerte sich noch kurz vor seinem Tode in einem Interview mit der „Welt“. Im Rückblick auf seinen Besuch im Kreml erklärte er: „Ich glaube, daß der Anfang vom Ende des Kommunismus gekommen ist. Gorbatschow versucht die Quadratur des Kreises. Er versucht den Sozialismus zu erhalten, ihn aber mit neuem Leben zu erfüllen und ihn wirtschaftlich effizient zu machen. Das ist der Versuch, Schneebälle zu rösten.“

Als intelligenter Mann weiß Gorbatschow, daß weder die Quadratur des Kreises noch das Rösten von Schneebällen möglich ist. Und so geht er unter der Tarnkappe „mehr Sozialismus“ in Wirklichkeit einen „marktwirtschaftlichen“ - sprich: kapitalistischen - Weg. Allein das ist es, was ihm in letzter Instanz Beifall und Unterstützung von allem sichert, was reaktionär ist auf dieser Welt.

Rote Nelken in Leipzig

Vom 27.10. bis 8.11.1999 fand vor dem 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Leipzig das Revisionsverfahren gegen Genossen Egon Krenz und zwei weitere ehemalige Mitglieder des SED-Politbüros statt. Die DKP Leipzig, Genossen der PDS und viele parteilose Bürger übten Solidarität. Vor Beginn der Verhandlung drückte ich Egon Krenz im Namen der Leipziger Kommunisten der DKP unsere feste Verbundenheit aus. Viele rote Nelken wurden an diesem Tag überreicht.

Mit dem Prozeß und der Aufrechterhaltung des erstinstanzlichen Gesinnungsurteils gegen das frühere Staatsoberhaupt der DDR fanden die Versuche der BRD-Justiz zur Delegitimierung des sozialistischen deutschen Staates ihren Höhepunkt. Wir wünschten Egon Krenz Stehvermögen in dieser schweren Zeit und versicherten ihm, daß seine feste Haltung viele in unserem Lande motiviert, den Kampf gegen Siegerjustiz, Rentenstrafrecht und soziale Ausgrenzung von DDR-Bürgern unbeirrt fortzusetzen. Über 80 Genossen und Freunde konnten wegen zu geringer Platzkapazität des Gerichtssaales nicht an der Verhandlung teilnehmen. Doch ihre Anwesenheit war eine große moralische Hilfe für Egon Krenz.

Karl-Heinz Reinhardt,
Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig

Wortmeldung des Genossen Hans-Günter Szalkiewicz

Des Pudels Kern

Auf der Veranstaltung des PV und des BV der DKP zum 50. Jahrestag der DDR am 2./3. Oktober 1999 hielt der Berliner Kommunist Dr. Hans-Günter Szalkiewicz eine Diskussionsrede, aus der wir im folgenden zitieren.

(...) Seit in der DKP verstärkt über die sozialistische Perspektive diskutiert wird, ausgelöst durch die Sozialismus-Vorstellungen des Parteivorstandes von Anfang 1997, ist die DDR im Spiel, einmal als zu sezierende Leiche, Opfer eines selbstverschuldeten Unfalls, einmal als Schatzkästlein für Revolutionäre, einmal als Verursacherin von Spuren und dann wieder als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse.

Das deutet auf Streit hin. In einer lebendigen, vorwärtsdrängenden Partei ist das etwas ganz Normales, solange nicht Wissenschaft mit Moral verwechselt, solange die konsequent zu führende theoretische Debatte nicht auf die Ebene des Persönlichen gezogen wird. Seit wann berührt ein heftig und sachlich geführter Meinungsstreit die Integrität eines Menschen? (...) Einer der Streitgegenstände ist die Bestimmung der historischen Rolle der DDR. Die von ihr als der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse sprechen, leiten aus ihrem Entstehen, ihrer Entwicklung und ihrer Niederlage Konsequenzen für den theoretischen Ansatz des um den Sozialismus zu führenden Kampfes ab, der ablehnt, daß man alles ganz anders machen müsse.

Andere, wie Gerd Deumlich, antworten auf die Frage, ob die „DDR geschichtlich und in vielem auch im Alltag“ diese größte Errungenschaft war: „Zu ihrer Zeit unbestreitbar. Doch wird es nicht genügen, Verlorengegangenes hochzuhalten; wenn erst wieder eine sozialistische Perspektive neu errungen werden muß, geht es real darum, daß die DDR die größte Errungenschaft nicht mehr ist ...“ (UZ v. 1.10.1999, S. 15).

Marxistische Positionen werden verlassen, wenn in der Erklärung der DKP zu den 50. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR gesagt wird: „Eine gründliche Analyse der Fehler in beiden deutschen Teilstaaten wurde bis zum heutigen Tag nicht vorgenommen. Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt.“ Woraus die Schlußfolgerung gezogen wird: „Die DDR hat eine Spur hinterlassen, die für die Zukunft wichtig ist“.

Diese Problematik wird auch deutlich in der Einschätzung der bisher geführten Dis-

kussion auf der 7. Tagung des PV der DKP im Juni d. J.: „Andererseits wurden und werden dann in der Diskussion Fehler, Irrtümer, Deformationen und die Verletzung der Gesetzlichkeit usw. in den sozialistischen Staaten gelehrt oder heruntergespielt. Auch das ist problematisch im Hinblick auf die humanistischen Grundlagen unserer Weltanschauung. Die Niederlage des Sozialismus in Europa wird dann in erster Linie als Resultat der Sabotage des politischen Gegners, der ‘Verräter’ wie Gorbatschow usw. gesehen. Daneben habe man „auch“ Fehler gemacht ... Neben den genannten theoretischen Fragen betreffen die Meinungsverschiedenheiten vor allem die Bewertung der Geschichte der DDR und der anderen sozialistischen Staaten Europas, die Einschätzung der Rolle Stalins, die Haltung zu den Gewerkschaften und zur Partei selbst, die Parteivorstellung.“ (DKP-Informationen Nr. 5/99, 16.6.99, S. 17)

Richtig, könnte man sagen, die Meinungsverschiedenheiten betreffen wesentliche politisch-ideologische Fragen und was den Verräter Gorbatschow betrifft, wäre - bei manchen Einwänden, die man geltend machen kann - auf das gerade erschienene Buch „Das Geschenk - Die DDR im Perestroika-Ausverkauf“ von Eberhard Czichon und Heinz Marohn (PapyRossa Verlag) zu verweisen.

Es kann meines Erachtens nicht darum gehen - wie auf Seite 60 gesagt wird - „die Errungenschaften der DDR-Entwicklung und ihre Nachteile gegeneinander“ sachlich und nüchtern abzuwägen. Vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Theorie wäre die Frage zu beantworten: Waren die 40 Jahre DDR ein wesentlicher und ein im Wesentlichen richtiger Schritt auf dem Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus oder nicht?

Es hat mit dieser sachlichen Fragestellung nichts zu tun, wenn die DDR als Errungenschaft der Arbeiterklasse nur in einem Atemzug mit den dabei nicht zu vergessenden Fehlern, Irrtümern, Deformationen und Verletzungen der Gesetzlichkeit erwähnt werden kann. Das ist die Position von Leuten, die sich auf Marx berufen, der zur „Verletzung der Gesetzlichkeit“ oder den „unedlen“ Handlungen der Pariser Kommune schrieb: „Wenn die Taten der Pariser Arbeiter Vandalismus waren, so waren sie der Vandalismus der verzweifelten Verteidigung, nicht der Vandalismus des Triumphs wie der, dessen die Christen sich schuldig machten an den wirklich unschätzbaren Kunstwerken des heidnischen Altertums“; und er zieht - wie die genannten

Buchautoren sagen würden - die guten und schlechten Seiten abwägend, den Schluß: „Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ (ME Ausgew. Schriften, Bd. 1, S. 507 und 490) In welcher Tradition sich die Pariser Kommune befindet, ist für diejenigen, die sich auf dem Boden von Marx, Engels und Lenin wähnen, eindeutig zu beantworten. Für einen Teil von ihnen sieht das bei der DDR völlig anders aus.

So, wie es die marxistische Bewertung gesellschaftlicher Erscheinungen verbietet, wie auf einem orientalischen Basar Vor- und Nachteile auszuhandeln, so funktioniert es auch nicht, die Erscheinungen eines gesellschaftlichen Systems positiv zu apostrophieren und die grundlegenden Bedingungen der Existenz dieses Systems zu übersehen oder sie den Erscheinungen gegenüberzustellen. Wer also - sehr vereinfacht gesagt - von den vielen positiven Wirkungen der DDR spricht, muß auch über die Theorie und Praxis der SED reden.

Vor einem Jahr wurde in einem kleinen, für DKP-Verhältnisse viel gelesenen, geschmähten Blatt festgestellt: „Wie hältst du's mit der DDR? Das ist für Linke in Deutschland - und allemal im Osten - eine Frage, an der sich die Geister scheiden.“ Zweifellos richtig, aber scheiden sich nur daran die Geister? Gibt es nicht eine Reihe theoretischer Grundfragen, um die unter dem Eindruck der Niederlage erneut heftig gestritten wird?

Robert Steigerwald sagte vorhin und das ist nachzulesen in „Gegen den Zeitgeist“, GNN-Verlag 1999, S. 472 ff.: „Zugleich muß man die Umstände und Zweckbestimmung des von Lenin erarbeiteten bolschewistischen Partei- und Machtkonzepts und dessen Anwendung im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution in Betracht ziehen. Es handelt sich um eine Adaption marxistischer Auffassung auf die spezifischen Verhältnisse des zaristischen Rußlands ... Es war nicht geeignet, universelle Bedeutung für alle kommunistischen Parteien (und später für alle sozialistischen Länder) zu erlangen, wie es nach Lenins Tod im Zuge der sogenannten Bolschewisierung geschah.“

Das ist eine der Stellen, an der wir weiter zu streiten haben und an der sich möglicherweise nicht nur die Geister scheiden.

Fortsetzung auf Seite 5

Hans-Günter Szalkiewicz schreibt im Vorwort von Heft 2 der „Beiträge zu aktuellen Fragen des Marxismus-Leninismus“:

Die Schärfe der Auseinandersetzung liegt jedoch, wenn damit Konsequenz und Klarheit im Streit gemeint sind, in der Natur der Sache. In theoretischen Fragen - und es gibt in der laufenden Debatte kaum ein theoretisches Problem, bei dem keine prinzipiellen Differenzen sichtbar geworden sind - darf es keine Kompromisse geben. Erfolge und Niederlagen der revolutionären Bewegung beginnen mit theoretischen Leistungen oder theoretischen Defiziten. Wirksamkeit und Einfluß einer marxistischen Organisation stehen und fallen mit ihrem theoretischen Niveau (...).

Nichts ist dringender für die DKP als eine umfassende und möglichst systematisch geführte theoretische Debatte, in der die streitenden Kräfte die Begründung ihrer Standpunkte durch eine qualifizierte Analyse vertiefen und Vereinfachungen und Verflachungen sowohl in den Einschätzungen als auch in den für die praktische Arbeit zu ziehenden Schlußfolgerungen überwinden.

Es wäre äußerst gefährlich - auch dazu liegen Erfahrungen aus der jüngeren Geschichte

vor -, wenn dabei unter Nutzung der notwendigen Disziplin ihrer Mitglieder in der Partei eine Art preußischer 6-Klassen-Schule mit Strenge, Lob und Tadel praktiziert würde. Auf diesem Wege ginge es mit dem Sozialismus bergab, gleich, ob es sich um einen staatlich organisierten oder in Form einer Oppositionspartei bestehenden handelt.

Solidarische Grüße und herzliche Glückwünsche übermittelt die „RotFuchs“-Redaktion dem von der Klassenjustiz inhaftierten

**Generaloberst der NVA a. D.
Joachim Goldbach**

zu seinem 70. Geburtstag am
8. Dezember 1999 in die JVA
Berlin-Hakenfelde.

Schickt Weihnachtsgrüße an unsere politischen Gefangenen!

In Haft befinden sich weiterhin:

* **Klaus-Dieter Baumgarten**, JVA
Düppel II, Söht-Str. 7, 12203 Berlin

* **Joachim Goldbach**,

* **Heinz Handke**,

* **Harald Ludwig**,

alle JVA Hakenfelde, Niederneuendorfer
Allee 140 - 150, 13587 Berlin

* **Hans-Werner Schaaf**, JVA Friedrich-Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin

* **Rainer W. Rupp**, JVA -Außenstelle,
Kapuziner Str. 1, 66740 Saarlouis

BMV der DKP Brandenburg tagte in Potsdam

Beeindruckende Bilanz

Wer die Bezirksorganisation Brandenburg nur aus ihrer couragierten, interessanten und sich auch journalistisch beachtlich steigernden Monatszeitung „Der Rote Brandenburger“ kennt, konnte auf der BMV, die am 6. November im fast bis auf den letzten Platz gefüllten Großen Saal des Potsdamer Terrassencafés „Minsk“ stattfand, zusätzliche Eindrücke gewinnen. In einer warmherzigen, solidarischen und kämpferischen Atmosphäre beriet hier ein beachtlich gewachsenes Kollektiv von Kommunisten, wurden prinzipielle Positionen zur weiteren Stärkung der DKP bezogen. Schon der Auftakt war imponierend: Acht neue Mitglieder wurden in die Partei aufgenommen - im Laufe der Beratung traten dann noch zwei weitere Sympathisanten - ein junges Ehepaar - der DKP bei. Unter den Hinzugewonnenen befanden sich Mitstreiter von sehr unterschiedlicher Herkunft und Erfahrung. Neben der älteren Frau, die vorerst auch noch in der PDS als Kommunistin Betätigungsbedarf sieht - sie tat den Schritt zur DKP gemeinsam mit ihrem Sohn - waren es Offiziere und Generale wie Prof. Dr. Willi Opitz, früher Rektor der Juristischen Hochschule des MfS Potsdam-Eiche, ein aus Bayern zugezogener Genosse, der „noch nie in einer Partei war, aber schon seit langem der kommunistischen Bewegung nahegestanden“ hat und eine herausragende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens: Pfarrer i.R. Dr. Dieter Frielinghaus erhielt zusammen mit seiner Frau Gisela das DKP-Dokument.

Bezirksvorsitzende Brigitte Müller, Mitglied des PV der DKP, die die „Neuen“ herzlich in der Partei willkommen hieß, konnte in ihrem ausführlichen Rechenschaftsbericht die Bilanz einer erfolgreichen Arbeit ziehen, an der viele Genossinnen und Genossen beteiligt waren. Sie skizzierte zugleich die wichtig-

sten Aufgaben des bevorstehenden Zeitabschnitts.

Übrigens hat auch der Gegner die Hauptausagen des Referats bestätigt. Im jüngsten Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz heißt es: „In Brandenburg hat sich die DKP sowohl organisatorisch als auch personell auf einem geringen Niveau stabilisiert.“ Besonders ging Brigitte Müller auf Probleme der Bündnisarbeit ein, wobei sie die PDS - trotz der sich in dieser Partei abzeichnenden Tendenz der Sozialdemokratisierung - als wichtigen Bündnispartner bezeichnete. Herzlichen Beifall erhielt der Brandenburger KPD-Landesvorsitzende, der auf der Konferenz eine Grußrede hielt.

In der facettenreichen Diskussion wurden Schwerpunkte herausgearbeitet. Genossen aus verschiedenen Gruppen des flächenmäßig großen Landes berichteten von Problemen und Ergebnissen vor Ort. Genosse Manfred Karras, Betriebsrat in einem Verlag und Mitglied des Konzernbetriebsrates, schlug die Bildung eines brandenburgischen Gremiums vor, in dem im Arbeitsprozeß Stehende, Gewerkschafter und Betriebsräte Erfahrungen austauschen und Anregungen erhalten können. Generalmajor a.D. Dr. Gerhard Niebling verwies in einer stark beachteten Diskussionsrede auf die Notwendigkeit, jeglicher Diskriminierung ehemaliger Mitarbeiter des MfS entschieden den Kampf anzusagen.

Die BMV nahm eine Reihe von Dokumenten an. Sie wandte sich u.a. in einer kurzen Erklärung an den PV gegen Fehlinterpretationen im Zusammenhang mit dem „RotFuchs“.

Brigitte Müller wurde einstimmig zur Bezirksvorsitzenden wiedergewählt. Dem neuen BV gehören sieben Genossinnen und Genossen an.

R.F.

ENTSCHLISSUNG

An den Parteivorstand der DKP

Die Bezirksmitgliederversammlung des Bezirks Brandenburg der DKP, die zur Wahl eines neuen Bezirksvorstandes zusammengekommen ist, teilt nicht die Auffassung des Parteivorstandes, wie sie im Referat des Genossen Christian Koberg auf der 7. Tagung des PV am 12. 6. 1999 in Essen formuliert worden ist, wonach im Zusammenhang mit dem „RotFuchs“ (Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der DKP) ein Problem existiert, das aufgelöst werden muß.

Stattdessen begrüßen wir, daß es diese Zeitung gibt, in der klar marxistisch-leninistische Positionen vertreten werden. Es ist bedenklich, wenn solche Positionen als „eigene (nämlich der Gruppe Berlin-Nordost) politische Positionen“ und nicht als Positionen der DKP dargestellt werden.

Wir schätzen ein, daß die Zeitung „RotFuchs“ zur Stärkung der DKP beiträgt und die Unterstützung des Parteivorstandes verdient.

Potsdam, den 6. 11. 1999

Bezirksmitgliederversammlung der DKP Brandenburg

(Die Entschließung wurde einstimmig angenommen)

Warum der „RotFuchs“ etwas Neues in der DKP darstellt

Besitz der Osten ein spezifisches Gewicht?

Allmählich bildet sich bei mir so etwas wie eine neue journalistische Maßeinheit heraus, die man „Ein RotFuchs“ nennen könnte. Ich meine damit die spannenden drei bis vier Stunden vom monatlichen Entdecken des unverkennbaren A 5-Umschlags von Lena & Kurt Andrä im Briefkasten über das Stehen- und Liegenlassen möglichst aller anderen Vorhaben bis zum vollständigen Durcharbeiten dieses Periodikums der DKP!

Wer von uns erinnert sich beim Lesen nicht an Lenins Überlegungen über eine Zeitung als „kollektiver Organisator“ im V. Kapitel von „Was tun?“, das schon 1902 - in den Anfängen der SDAPR - erschien? Befinden wir uns denn nicht gewissermaßen in einer ähnlichen Lage?

Der „RotFuchs“ wird doch immer mehr zu einem Mittel oder Mittler, um viele - zum Teil noch politisch und ideologisch versprengte - praktische Gestalter des Sozialismus in der DDR anzusprechen und die sie quälenden Fragen zu beantworten. Sie zu finden, ist in einem Zustand der Isoliertheit schwer möglich, weil man sich sozusagen immer nur mit seinem eigenen Ich, mit seinen eigenen Gedanken unterhält. So können die Antworten zwangsläufig fast immer nur die eigenen sein. Wenn unsere Mitspreiterin Helga Buschow im RF 21, Seite 23 schreibt, seit dem Lesen befinde sie sich in einer besseren psychologischen Verfassung, dann ist das dafür Bestätigung.

Eigenartigerweise beginne ich bei der Lektüre mit dem Schlußteil, nämlich mit den Leserbriefen - allein im jüngsten Heft aus Saarlouis, Teterow, Berlin, Osnabrück, Bonn, Bannewitz, Cottbus, Bad Dürrenberg, Schwerin, Rostock, Röthenbach/Pegnitz, Kassel, Fraureuth und Crivitz. Über den „RotFuchs“ stellen wir also räumliche, zeitliche und inhaltliche Verbindungen zu anderen Lesern her. Auf diese Weise habe ich zahlreiche Gleichgesinnte kennengelernt, von deren Dasein ich vorher nichts wußte. Ähnlich geht es mir übrigens beim Lesen der UZ hinsichtlich der alten Bundesländer. Welche zusätzliche Freude kommt auf, wenn sich unter den Schreibern „alte“ Bekannte zu Wort melden! Welcher zusätzliche Anreiz entsteht, noch einmal Früheres nachzulesen, wenn Autoren anderen widersprechen und so das Fortschreiten unserer Erkenntnisse und Erfahrungen befördern! Tritt nicht eine zusätzliche Wirkung noch dadurch ein, daß der „RotFuchs“ überall weitergegeben und oft genug ganz oder teilweise für Agitationszwecke vervielfältigt wird? Die auf konterrevolutionäre Weise „abgewickelten“, so-

zusagen lebendig zu den Toten geworfenen Vertretern der DDR gebotene Möglichkeit, veröffentlicht zu können - (und zwar selbstverständlich honorarfrei, Spenden für den „RotFuchs“ gehen nur in Herstellung und Vertrieb) -, führte mit dazu, daß die Zeitung rasch zu einem Blatt wurde, das in der bisherigen Publikationsstruktur der DKP mit der UZ einerseits und den vielen Kleinzeitungen andererseits nicht seinesgleichen hat. Es paßt in kein Schema und stellt etwas Neues, Besonderes dar. Das empfinde ich nicht als Nachteil - im Gegenteil! Übrigens wäre das auch nur ein formales Problem.

Wichtiger scheint mir ein inhaltliches Problem zu sein. Der „RotFuchs“ fällt daher etwas aus dem Rahmen, weil er auf spezifische Weise - wie auch die Zuschriften zeigen - Erfahrungen, Erkenntnisse, Nöte, Sorgen, Interessen und Hoffnungen von Kommunisten und Sozialisten vor allem aus der DDR aufgreift und zum Ausdruck bringt. Das wiederum scheint mir auf ein anderes wichtiges Thema hinzuweisen, nämlich auf das besondere „Gewicht“, die besondere Bedeutung der jahrzehntelang von fortschrittlichen Menschen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse, die sie in RGW-Ländern - darunter der DDR - bei der Schaffung des Sozialismus gesammelt haben.

„Ex oriente lux“ - aus dem Osten kommt nicht nur das Sonnenlicht, aus ihm kam auch das Licht des Leninschen Roten Oktober. „Ex oriente pax“ (wie übrigens im Parteiabzeichen der CDU der DDR zu lesen war) - aus dem Osten, von den russischen Truppen kam tatsächlich, solange sie sowjetische waren, der Frieden nach Europa und auf die Erde. Dauerhafter Frieden als wichtigstes äußeres Prinzip kann nur von Ländern ausgehen, deren wichtigstes inneres Prinzip die Arbeit ist, wie Marx im Juli 1870 in der Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg bemerkte. (MEW 17/7)

Die große Bedeutung des Ostens wurde auf ihre Weise von Spitzenunternehmen der Industrie, des Handels, des Transportwesens, der Banken und Versicherungen des Westens sofort begriffen; sie schufen sich nach 1989 auf einmalig brutale Weise östlich der Werra einen Markt, nachdem sie sich zu 90 Prozent das Volkseigentum der DDR-Bürger angeeignet und deren Produktionsstandorte, Handels- und Verkehrsbetriebe samt Millionen Werkstätiger „überflüssig“ gemacht hatten. Das verschaffte ihnen „Luft“ im internationalen Konkurrenzkampf und ein weites Feld mit blühenden Disteln für neue, moderne Inve-

stitionen - mit sehr wenig Arbeitskräften. Auf diese Weise können der Osten Deutschlands und jedes künftige östliche EU-Mitgliedsland als Druckmittel genutzt werden, um in der Europäischen Union die Kosten für lebendige Arbeit drastisch herabzudrücken.

Sozialdemokrat Gerhard Schröder versicherte schon Anfang 1998 mehrernden hundert nach Berlin eingeladenen Vertretern der bundesdeutschen Wirtschaft im Beisein des sozialdemokratischen NATO-Generalsekretärs Solana, begriffen zu haben, daß die Zukunft der deutschen Wirtschaft im Osten liege. Auch einige andere SPD-Politiker scheinen das verstanden zu haben, wie deren Bemühungen im „Forum Ost“ und an anderer Stelle erkennen lassen. Der Run von Bonn nach Berlin ist ein zusätzlicher Beweis.

Auch maßgebliche Kräfte in der CDU sind sich über die Bedeutung der eroberten Gebiete im klaren. Bündnisgrüne und Liberale würden ebenfalls gerne mit von der Partie sein, bekommen aber im Osten kaum ein Bein auf die Erde.

Als Kommunisten wären wir töricht, wenn wir die objektive Entwicklungstendenz, daß die „Schlachten“ über die Zukunft der Menschheit im 21. Jahrhundert vor allem in Osteuropa und Asien entschieden werden, nicht gründlich genug analysieren würden, um entsprechende Schlüsse zu ziehen! Welch eine z. Z. noch zerstreute, beinahe „atomisierte“ Masse fortschrittlicher Menschen gibt es östlich der Werra! Bei ihr müßte man nicht mit dem „weltanschaulichen ABC“ beginnen! Hunderttausende haben hier den Marxismus-Leninismus systematisch studiert - von einem größeren Teil ist er verinnerlicht worden. In der Reaktivierung und Nutzung dieses Potentials liegt die große Chance für die Kommunisten und Sozialisten. Sie könnten helfen, das Denken und Handeln werktätiger Menschen einsichtiger, kenntnisreicher und vernünftiger zu gestalten. Man muß deren reale Lage und mögliche Auswege deutlicher ins Bewußtsein heben, damit sie morgen wieder in den Kampf ziehen. Der „RotFuchs“ leistet dazu seinen Beitrag.

Eike Kopf

RotFuchs

E-Mail & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

**http://home.t-online.de/home/
DKP-BerlinNO/roffuchs.htm**

Über Hanf und anderes Stroh

Dehmlichkeiten

Sage niemand, unter PDS-Vorständlern ließe sich keiner mehr finden, der Marxens geistige Hinterlassenschaft zu nutzen suchte. Machen wir die Probe aufs Exempel. Nehmen wir die von den Verfassern des Kommunistischen Manifests stammende Erkenntnis zum Ausgangspunkt, daß „die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift.“

Zum Zwecke jenes „Ergreifens“ bedarf es, folgt man der Sentenz, erst einmal einer zündenden Idee. Da beginnen schon die Schwierigkeiten. Der Zugang in jenes Ideengebäude nämlich, das von Marx, Engels, Lenin und anderen bedeutenden Marxisten errichtet wurde, erweist sich als so einfach nicht. Man ist dabei Strapazen ausgesetzt, die mit der von Brecht als „größtes Vergnügen der menschlichen Rasse“ bezeichneten Tätigkeit zusammenhängen: dem Denken. Anders gesagt: Es bedarf eigener Anstrengungen, ehe die von den Ahnherren des wissenschaftlichen Sozialismus überlieferten Ideen vom Menschen Besitz ergreifen. Unsere Vordenker brauchten Jahrzehnte intensiver Denkarbeit, um jenen Erkenntnischatz zu schürfen, den bis zu Ende zu nutzen uns im ersten Anlauf versagt blieb. Aus der Niederlage des europäischen Sozialismus folgern die Exponenten der „sozialistischen Moderne“, das komplizierte Erbe der Klassiker werde sich auch künftig nicht eignen, „die Massen zu ergreifen“. Ein zugkräftigerer und bequemerer Ideen-Ersatz müsse her.

Um nach solcher Vorrede auf den Kern zu kommen: Mit einer genial einfachen Idee bereicherte unlängst PDS-Vize Dieter Dehm seine Partei. Den Anlaß bot ein Umstand, der die Euphorie über die jüngsten Wahlerfolge der PDS zu dämpfen geeignet schien: Bei den Jung- und Erstwählern in Thüringen, Sachsen und Berlin hatten sich Verluste ergeben - zwischen anderthalb und sieben Prozent. Das brachte Dehm ins Grübeln. Er fand heraus, in der sogenannten Nachwendegeneration besäßen Grundwerte wie Solidarität und Gerechtigkeit nur einen geringen Stellenwert und folglich keine Anziehungskraft mehr. Und Dehm wußte Abhilfe. Man solle es mit einer Hanf-Kampagne versuchen, empfahl er. Direkter: Mit einer PDS-Kampagne für die Legalisierung von Haschisch. Es gehe um den „freien Zugang zur Droge“. Damit, so der Ideenvater, ließen sich unter Jugendlichen Sympathiegewinne erzielen. Denn, wie unlängst im ND zu lesen war, nutzen an einigen Berliner Schulen schon zwischen 50 und 60 Prozent der

jugen Leute eine Freiheit, die in der DDR ebenfalls entbehrt werden mußte: Sie nehmen „mildes Rauschgift“ zu sich. Eine Massenbasis für Dehms Idee scheint also gegeben. Der Mann - daheim in Hessen als erfolgreicher Showbusiness-Manager mit Millionenkonto bekannt - beließ es nicht nur bei einer Neuerung. Er hatte noch weitere spritzige Einfälle auf Lager. Einmal beim Ideenschmieden, überkam Dehm, der im Vorstand der PDS für deren „Westausdehnung“ zuständig ist, das Verlangen, den Anspruch als „führende Partei“ wiederzubeleben. Forsch legte er der Deutschen Kommunistischen Partei nahe, fortan „nicht mehr bei Wahlen zu kandidieren“. Er tat das wohl wissend, daß die DKP nach den geltenden Gesetzen damit ihren Status als Partei verlieren und sich de facto selbst auflösen würde, käme sie solchem Verlangen nach.

Mit seinem gedanklichen Höhenflug erklimm der Frankfurter jenen intellektuellen Gipfel, auf dem sich noch vor kurzem Pastor Hintze zu tummeln pflegte. Der hatte mit seiner „Rote-Socken-Kampagne“ bekanntlich versucht, Dehms Partei aus der Gesellschaft hinauszukatapultieren. Was Kohls Schwarzrock danebenging, wollte nun ein führender Mann der PDS gegen die DKP praktizieren: Ausschaltung durch Ausgrenzung.

Nur ergriff diese Idee nicht einmal die Vorstandsmitglieder in der Kleinen Alexanderstraße, geschweige denn die Basis der PDS. Sie bremsten den Heißsporn aus. Dehm habe „überhaupt kein Lob“ gefunden, hieß es im parteieigenen ND. Die Vermutung liegt nahe, das politisch Besonnenere die Gefahr des Manövers überblickten. Denn alles, was auch nur den Ruch von Antikommunismus besitzt, kommt bei PDS-Wählern überhaupt nicht an. Und so manchen ehrlichen PDS-Genossen hielt es wohl kaum länger in einer Partei, die sich auf den Versuch des Abräumens der DKP kaprizieren würde.

Nun darf man allerdings die vernunftgebotene Absage an Dehms avantgardistische Alleinvertretungsanmaßung nicht als Zuneigung der PDS-Spitze für Kommunisten im allgemeinen und die DKP im besonderen verstehen. Denn auch beim Verteilen von Sympathie oder Antipathie folgt diese nicht emotionellen Aufwallungen, sondern reinen Zweckmäßigkeitserwägungen. Das haben die Signale erkennen lassen, die unlängst vom PDS-Olymp an die Adresse der CDU ausgesandt wurden. Sie stellen ein Echo auf die zuvor von den Schwarzkonservativen bekundete Absicht dar,

der ostdeutschen „Volkspartei“ PDS künftig nicht mehr allein die kalte Schulter zu zeigen, sondern an die Stelle dümmlich-erfolgloser Ausgrenzungspraktiken die „inhaltliche Auseinandersetzung“ treten zu lassen. Solcher Wandel löste bei den Meinungsführern der Gysi-Partei Genugtuung aus und wurde prompt mit „konstruktiven“ Überlegungen erwidert. Für die Crew um Bisky ist es nun vorstellbar, auf ihrem Wege zur Regierungstauglichkeit im imperialistischen deutschen Staat „punktuell“ und „sachbezogen“ auch in jener Partei eine Ansprechpartnerin zu sehen, von der sie noch unlängst als politisches Schmutzkind wie eine Aussätzige gemieden wurde.

Frei von Prinzipien ist der PDS-Vorstandsriege damit bereits gelungen, was ihr geistiges Oberhaupt anderen als Lernbedarf glaubte nahebringen zu müssen. Wie sagte doch Gregor Gysi: „Die deutsche Linke muß erst noch lernen, daß es in einer Gesellschaft auch Konservative gibt und daß dies seine Berechtigung hat.“

Was für weite Horizonte eröffnen sich, wenn die Scheuklappen des Klassendenkens den Blick nicht länger einengen! So kann man im rechten Spektrum entdecken, was nach links kaum gelingen will - Akteure, mit denen man vielleicht schon übermorgen in ein neues Rollenspiel eintreten könnte.

Allerdings muß, wer auf solchem Wege munter voranschreiten möchte, auch seine Ziele den veränderten Bedürfnissen anpassen. Da sich das den zum Mitmarschieren vorerst noch Benötigten nicht im Hauruck-Verfahren plausibel machen läßt, greift man zur Salami-Taktik. Scheibchenweise wird von dem abgeschnitten, worum es laut Parteianamen angeblich geht - auch wenn da seit geraumer Zeit nur noch von einer „Vision“ die Rede ist, die mit der Konzeption der Klassiker und dem Traum August Bebel's so viel gemein hat wie ein Lamm mit einem Löwen.

In welcher Beziehung steht das alles zu Dieter Dehms Hanf und Stroh oder anderen Dehmlichkeiten? Das eine gehört zum anderen - wie der linke zum rechten Schuh. Die Vorgänge veranschaulichen Bewegung, die sich im Kreis vollzieht. Denn nichts, aber auch gar nichts deutet darauf hin, daß Leute, die Konservative - sprich: den Klassenfeind - für notwendiges Urgestein der Gesellschaft halten und einer „neuen Sozialdemokratie“ das Wort reden, jemals einen Ausbruch aus dem Kapitalismus planen oder wagen werden.

Wolfgang Clausner

Was hinter dem Tauwetter PDS-CDU steckt

„In die Gesellschaft hinein öffnen“

Das sozialdemokratische Parteimodell, zu dem sich der rechte Flügel mit Gysi und A. Brie an der Spitze inzwischen offen bekennt, ist in der PDS noch nicht durchgesetzt, besitzt viele Widersacher, hat noch auf keinem Parteitag zur Diskussion gestanden. Da werden schon die Weichen für die Vertiefung des opportunistischen Kurses neu gestellt. Den Rahmen dazu soll eine PDS-Bundeskonferenz zum 10jährigen Bestehen der Partei im Dezember liefern. Auf ihr will man die „Öffnung und Erneuerung“ der PDS vorantreiben, „neue Inhalte“ festlegen und damit den nächsten Parteitag vor vollendete Tatsachen stellen. Das ist abermals eine unglaubliche Mißachtung der innerparteilichen Demokratie. Die Basis wird eiskalt ausgeschlossen. Die Konferenzvorbereitung ist dem Westbeauftragten und stellvertretenden Parteivorsitzenden Dieter Dehm, der sich unlängst als erklärter Gegner von DKP-Kandidaturen hervortat, übertragen worden. Damit wurde ein deutliches Signal gesetzt. Es soll die bourgeoisen Ansprechpartner der PDS rechtzeitig einstimmen.

Denn wenn Gregor Gysi die PDS „stärker in die Gesellschaft hinein öffnen“ will, dann meint er eine „Öffnung“ gegenüber dem imperialistischen System der Bundesrepublik und dessen großbürgerlicher Hauptpartei, der CDU. Das Terrain dazu steckt für Gysi in Berlin der PDS-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Harald Wolf, ab, der einst als Fundi der Westberliner Alternativen Liste (AL) Momper beim Zusammensetzen der rot-grünen Senatskoalition half. 1990 nahm er die Witterung einer neuen Karrieremöglichkeit auf, verließ die Grünen und stieß als Parteiloser zur PDS, um Gysi seine „Wende-Erfahrungen“ anzubieten.

Daß die CDU angesichts der Niedergangstendenzen bei der SPD beginnt, auf eine neue und noch unverbrauchte Ersatz-Sozialdemokratie in Gestalt der PDS als künftigen Partner der Klassenzusammenarbeit zu setzen, feiert der wendige Wolf hocheifrig als „bedeutsame Veränderung in der Parteienlandschaft“. Er begrüßt, daß sein Kollege Fraktionsvorsitzender Landowsky „zumindest in den neuen Ländern und in Berlin nur eine politische Alternative (sieht): die zukunftsorientierte dynamische CDU und die sozialistische PDS“.

Wenn die Partei des Großkapitals in einer „sozialistischen PDS“ plötzlich eine „Alternative“ zu erblicken beginnt, dann müßten eigentlich bei Linken die Alarmglocken läuten. Nicht bei Wolf, der vom Honig, welcher der PDS da ums Maul geschmiert wird, gar nicht genug bekommen kann. Postwendend macht er dem CDU-Kollegen im ND vom 23. Oktober - zwischen den Zeilen verpackt, aber dennoch deutlich erkennbar - das Angebot, auf eine große Koalition zu verzichten und stattdessen eine CDU-Minderheitsregierung zu bilden, der er seitens der PDS „punktuelle

Zusammenarbeit“ anbietet, was nichts anderes heißt, als im Abgeordnetenhaus „punktuell“ auch für die CDU zu stimmen.

„Die Welt“, vor allem ein Sprachrohr der CDU, weiß natürlich, daß hier der PDS-Fraktionschef im Bundestag dahintersteckt. Das Blatt erwähnt nicht ohne Anerkennung, „mit welcher Chuzpe Gregor Gysi in den letzten Wochen auf die CDU zugeht und ihr zu verstehen gab, daß er in Zukunft der Partner sei, mit dem man über die Geschicke der Stadt reden müsse: quasi von Volkspartei zu Volkspartei.“ Und das Springer-Organ schlußfolgert: „In diesem Kalkül kommt die SPD schon gar nicht mehr vor“.

Während PDS-Geschäftsführer Bartsch angesichts solcher Perspektiven der Zusammenarbeit schon in der Hoffnung schwelgt, daß sich Delegationen seiner Partei und der Union demnächst auf Parteitag die Aufwartung machen könnten, wiegelt Vorsitzender Bisky, der sich lieber mit dem SPD-Strategen Egon Bahr auf dem gemeinsamen Sofa im Willy-Brandt-Haus abbilden läßt, noch ein bißchen ab und kündigt eine „neue Oppositionspolitik“ an. Als deren Kriterium benennt er eine stärkere Prüfung der PDS-Konzepte daraufhin, ob sie denn auch „zu verwirklichen und zu finanzieren“ seien. Fraktionschef Gysi gibt denen, die seine 12 Thesen noch immer nicht verstanden haben, Nachhilfeunterricht mit dem Hinweis, die PDS nehme Abschied von „alten Sozialismus-Modellen“ und unterbreite „realisierbare Politikangebote“.

Für den Fall, daß bei der CDU weiterer Aufklärungsbedarf besteht, hat A. Brie in einem fast ganzseitigen Interview für „Die Welt“ noch einmal den Kern der Dinge präzisiert. Der PDS gehe es nicht darum, „lediglich Besitzstände zu verteidigen“, beruhigt er Schäuble, Hundt und Henkel. „Der antikapitalistische Anspruch“ der PDS sei „nicht gegen Markt und Eigentum gerichtet“. Dann erläutert er die „neuen Inhalte“, um die es auf der bevorstehenden PDS-Bundeskonferenz gehen wird. Danach soll der „Grundsatz von sozialer Gerechtigkeit“ in eine „erneuerte Form“ gebracht werden, was beispielsweise bedeute, daß „das alte System der Vollbeschäftigung“ ebenso wie „der lebenslange Acht-Stunden-Arbeitsplatz“ nicht aufrechtzuerhalten seien. Der Sozialabbau, den A. Brie als „Dynamik in der Gesellschaft“ umschreibt, werde „noch zunehmen“, was zur Folge habe, daß es „Verlierer und Gewinner geben“ müsse. Es versteht sich von selbst, daß sich der Europa-Abgeordnete mit seinen satten Diäten nicht zu den Verlierern rechnen muß.

Das jetzt einsetzende „Tauwetter“ in den Beziehungen PDS-CDU - von den Schwarzen energisch bestritten - zeigt, daß die Kompaßnadel des Barometers in der PDS-Zentrale immer mehr auf „Klassenharmonie“ weist.

Gerhard Feldbauer

Einerseits-andererseits heißt die Devise

Gregor und der Frieden

Gregor Gysi ist ein begnadeter Redner, einfallreich, spritzig und schlagfertig. Er ist - mangels ihm Ebenbürtiger - der eigentliche Kopf seiner Partei. Auf der parlamentarischen Tribüne gilt er als glänzender Florett-, im politischen Alltag eher als Spiegelfechter. Auf viele Menschen, die den Anwalt wegen seiner opulenten Fähigkeiten bewundern, wirkt er wie ein Magnet. Meist nennt man ihn nur beim Vornamen. „Gregor kommt“, heißt es, wenn er durchs Land tourt. Seit dem Frühjahr 1999, als die PDS-Fraktion im Bundestag fast allein gegen den verbrecherischen Überfall auf Jugoslawien votierte, steht er im Ruf eines weit über platten Pazifismus hinausgreifenden Friedenskämpfers. Doch betrachten wir die Dinge ohne Übertreibung.

Mit dem Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten gegen die Aggression auf dem Balkan hat die PDS Ehre eingelegt. Das wurde von den Wählern in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Berlin honoriert. Davon sollen keine Abstriche gemacht werden.

Und dennoch: Gysi betrieb ein demagogisches Schaukelspiel des Einerseits-Andererseits. Bei seinem Besuch in Belgrad traf er sich mit dem rechtmäßigen Präsidenten Slobodan Milosevic, der eine konsequent antiimperialistische Haltung einnimmt, sprach aber zugleich auch mit dessen Gegenspielern in der orthodoxen Kirchenführung. Anschließend gab er dem ND ein Interview, mit dem er dem jugoslawischen Staatschef, dessen Land in einem Kampf auf Leben und Tod stand, voll in den Rücken fiel. Bald darauf flog Gysi nach Tirana, um albanische Flüchtlingslager zu inspizieren, in denen die allgegenwärtige UCK das Sagen hatte. Im Bundestag verhielt sich der PDS-Fraktionschef in „Sowohl-als-Auch-Manier: Er sagte Beherztes, für das ihm Respekt gebührt, und Abgestandenes oder Angepaßtes nach der Herrschenden Munde.“

Im Herbst kam dann der Keulenschlag mit den „Blauhelmeinsätzen“. Als ob die inzwischen von der NATO dominierte und mißbrauchte UNO „Gottes Wunderland“ sei, wich Gysi vom generellen Gewaltverzicht der PDS ab und stülpte seiner verdutzten Partei ein neu-

es Positionspapier über, das eine „Öffnungsklausel“ für „Einzelfallprüfungen“ deutscher Beteiligung an UNO-Militäreinsätzen enthält. Ein über Coup!

Ende Oktober äußerte sich Gysi erneut zu einem Krieg. Zu jenem blutigen Konflikt im Nordkaukasus, den die bürgerlichen Medien, die bereits den „Kosovo-Krieg“ erdacht hatten, als „russischen Tschetschenien-Krieg“ bezeichnen. Verurteilte er etwa die imperialistische Politik der NATO-Ostausdehnung (gerade erst hatte ein gewisser Eduard Schewardnadse den Wunsch nach Aufnahme Georgiens in den Teufelspakt geäußert)? Geißelte er den verhängnisvollen Kurs der systematischen Einkreisung und Zerstückelung Rußlands, das von den Ölressourcen des Kaspischen Meeres für alle Zeiten abgeschnitten werden soll? Unterstützte er die russischen Kommunisten und Volkspatrioten, die sich - unter scharfer Zurückweisung der verbrecherischen Politik des vom Westen ausgehaltenen Jelzin-Klüngels - um eine Lösung des Konflikts im Interesse von Russen und Tschetschenen bemühen, um das furchtbare Blutvergießen zu beenden? Nein, er tat nichts dergleichen, sondern stieg in bekannter populistischer Manier auf das von den Medien der Bourgeoisie gesattelte Pferd. Er wandte sich ausgerechnet an Kriegskanzler Schröder und bat ihn um seine „Friedensdienste“. Eine groteske und beschämende Situation! Der in Jugoslawien zum Bombenkonzler gewordene Regierungschef des deutschen Imperialismus solle „den russischen Krieg in Tschetschenien ... entschieden verurteilen, ... deutsche Kredite und finanzielle Leistungen ... einfrieren, ... Sanktionen gegen Rußland prüfen... und dafür Sorge tragen, daß sich Rußland im Europarat ... verantworten muß“, schrieb Gysi in seinem vertrauensvollen Brief an Schröder, den er „mit freundlichen Grüßen“ beschloß. Kein Wort über die NATO, die gerade dabei ist, ihren Sperriegel gegen das „unruhige Rußland“ zu errichten, das weiterhin als potentieller Feind Nr. 1 des Westens betrachtet wird.

Ein neuer Beitrag zum Frieden? Wohl kaum. Der Kanzler wird's zu schätzen wissen.

R.F.

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Aus einem Artikel A. Frolows in der „Sowjetskaja Rossija“

Der Knoten Tschetschenien

Der Knoten Tschetschenien ist bereits so fest zusammengezurr, daß man ihn nur mit Militärgewalt lösen kann. Die Militärs, die heute für die - gelinde gesagt - „Fehler“ der Politiker geradestehen müssen, werden ihre Aufgabe bestimmt meistern. Und wie weiter?

Die Gesellschaft muß darauf eine Antwort bekommen; sie ist lebensnotwendig, nicht nur dem Inhalt nach. Egal, welche politischen Kräfte zur Macht gelangen - nach der Art und Weise, wie sie das Tschetschenien-Problem zu lösen gedenken, kann man darüber urteilen, was sie für ganz Rußland erreichen können. Denn Tschetschenien - das ist Rußland in Miniatur, nur der Entwicklung um einige Jahre voraus. Ein Spiegel, der zeigt, was das Land in nächster Zukunft erwartet, wenn es keine grundlegenden Veränderungen in der Volkswirtschaft und im politischen Regime gibt. (...) Krieg ist eine Weiterführung der Politik, die ihrerseits ein konzentrierter Ausdruck der Ökonomie ist. Solange die Ökonomie so ist, wie sie ist, wird sie eine Politik fördern, die direkt zum Krieg führt. Diese Politik schafft Situationen, die keinen Ausweg außer einem gewaltsamen zulassen. Solange diese Politik besteht, ist Rußland zu großen und kleinen militärischen Konflikten verdammt.

Wenn man auf die klassischen Definitionen zurückgreift, war der Krieg in Tschetschenien (zwischen 1994 und 1996) vom sozialökonomischen Standpunkt aus weder ein Bürgerkrieg noch ein vaterländischer - es war ein imperialistischer Krieg, beiderseits ungerecht. Der Charakter des jetzigen Krieges ist nicht dadurch zu beurteilen, wer begonnen hat, und auch nicht durch das anrührende Äußere des Gegners, sondern durch dieselben Faktoren, die ihre Bedeutung behalten. Es gibt aber auch einige neue Faktoren, die es gestatten, über die Möglichkeit der Umwandlung des Krieges aus einem imperialistischen in einen Bürgerkrieg zu sprechen. Dazu gehört die Verbindung der Ereignisse in Tschetschenien mit den ausländischen Wünschen zur Zersplitterung Rußlands. Und noch wichtiger: das eindeutige patriotische Sich-Auffaffen des Volkes als Grundlage für eine Konsolidierung nach vielen Jahren Gleichgültigkeit und Eigenbrötelei. Endgültig kann diese Wandlung allerdings nur unter der Bedingung eines Wandels der Machtverhältnisse und des Charakters des russischen Staates erfolgen. Aber auch jetzt ist es für die Opposition nicht zulässig, die Hände in den Schoß zu legen, sich in Pazifismus zu üben und zuzusehen, wie sich aus dem patriotischen Schwung eine chauvinistische Rauschsucht bildet. Es ist eine Taktik vonnöten, die buchstäblich einen Lauf auf des Messers Schneide fordert.

Ein Krieg, wie jedes andere gemeinsame Übel, vereint die Menschen. Aber diese Vereinigung ist unterschiedlich. Die Massen

können sich um die progressiven Kräfte scharen, aber eben auch um die Reaktion. Dieser Prozeß ist nicht willkürlich, er hängt von vielen Faktoren ab, wobei die bedeutendste Rolle den bewußten Bemühungen der gesellschaftlich-politischen Bewegungen zufällt, der Klarheit und Prinzipienfestigkeit ihrer Positionen.

Dabei hat die Opposition ein besonders kompliziertes und delikates Problem. Es ist der tiefe staatsfördernde Instinkt der volkspatriotischen Opposition, der sie zwingt, sich mit der Regierung in einer ganzen Reihe ihrer Vorhaben zu solidarisieren. Das Motiv ist vollkommen richtig: die Einheit und Untrennbarkeit Rußlands zu erhalten, keinen Streit der Nationen, Regionen, Konfessionen zuzulassen. Mit einem Wort: keinen Schaden zuzufügen. Aber die Politik verlangt nicht nur einen gesunden Instinkt, sondern auch klares Bewußtsein.

Der Instinkt sagt, daß es im modernen Rußland eine große Zahl von aktuellen Problemen gibt, die aufzugreifen bei dem bestehenden sozialökonomischen Kurs und dem politischen Regime sehr gefährlich ist. Das Bewußtsein aber weist nach, daß es nicht minder gefährlich ist, diese Probleme nicht anzupacken. Somit ist Rußland in Zugzwang, bei dem jeder Zug zur Verschlechterung der Situation führt. Es ist ein Todesrisiko, die unter Rußland gelegten Minen des nationalistischen und religiösen Extremismus anzurühren. Sie aber nicht zu berühren, ist verantwortungslos, weil einige dieser Minen bereits explodieren, bei anderen tickt das Uhrwerk und bringt den tragischen Ausgang immer näher. Diese Ausweglosigkeit besteht allerdings nur im Rahmen des gegenwärtigen Regimes. Demzufolge müssen das Regime, der Kurs gewechselt werden.

Die heutige Zeit der Prüfungen muß zum Katalysator für dieses Verständnis werden. Der historische Scheideweg ist heute: Entweder es gelingt dem regierenden Regime, den patriotischen Aufschwung in ein enges, zu einer absoluten Sackgasse führendes chauvinistisches Bett zu leiten, oder die volkspatriotische Opposition schafft es, daß der Haß gegen Itschkeria (eigene Bezeichnung Tschetscheniens - d. Ü.) auf keinen Fall zu einer Reinwäsche des Jelzin-Regimes führt, nicht zu einem Löschen der scharfen Grenze, die die Interessen dieses Regimes von den nationalen und staatlichen Interessen des russischen Volkes trennt. Die Umstände sind günstig - der patriotische Aufschwung ist wesentlich breiter als die Aufgaben, auf die das Regime Volk und Armee beschränken möchte. Früher oder später wird das aktuell. Und dann wird die Mehrheit begreifen, daß der Sieg über Extremismus und Separatismus untrennbar mit dem Sieg über das Regime verbunden ist.

19.10.1999

Übersetzung: Dr. Ing. Peter Tichauer

Wohin die Panzer rollen sollen

Leoparden in den Kaukasus!

Die BRD will 1 000 ihrer modernsten Leopard-Panzer an die Türkei verkaufen. Über das Muster-Exemplar gab es Streit in der Regierungskoalition. Außenminister Fischer hatte laut „Tagesspiegel“ vom 24. Oktober dazu erklärt, wegen der Menschenrechtslage in der Türkei sollte man dorthin keine Waffen liefern, „die im Innern eingesetzt werden können“. Fischer mag beruhigt sein. Mit Panzerdivisionen kann man keine Partisanengruppen in den Bergen, Wäldern, Schluchten, wo bisher Kurden operierten, bekämpfen. Damit lassen sich auch keine Sprengstoffanschläge auf belebten Plätzen, auf Hotels in den Städten verhindern.

Es erscheint mir auch unwahrscheinlich, daß die Türkei für 7 Milliarden Dollar Panzer bei Krauss-Maffei kaufen dürfte, um in den Norden Iraks, der von der UNO zur Schutzzone für die Kurden erklärt wurde, einzumarschieren. Dort ist nichts zu holen, um die 7 Milliarden zu bezahlen. Ferner dürfte es kaum um den Konflikt zwischen der Türkei und ihren Nachbarstaaten über die Nutzung von Wasser aus internationalen Gewässern gehen, wie die UZ am 29.10.1999 schrieb.

Also wozu Leoparden in die Türkei? Wahrscheinlich von da aus in den Kaukasus! Und dagegen hätte Herr Fischer ja auch nichts. Im Kaukasus, in Vorder- und Mittelasien, da ist was zu holen, womit die Milliarden, die die Dinger kosten, bezahlt werden können. Und womit die Türkei ihre Bedeutung für die NATO stärken könnte.

Erdöl!!!

Offensichtlich gibt es eine Verbindung zwischen Erdöl, Leoparden und dem Krieg in Tschetschenien. Was ist eigentlich Tschetschenien? In „Meyers Lexikon“ von 1878 heißt es hierzu: „Die Wohnorte, Aul genannt, sind befestigte Dörfer ... Hinsichtlich der Gesittung stehen sie (die Tschetschenen) anderen Kaukasern nach; von Gewerbebetrieb und sonstiger friedlicher Beschäftigung ist, vom notdürftigsten Feldbau und Viehzucht abgesehen, bei ihnen nicht die Rede.“ Über Grosny wird berichtet, es habe „gegen 3 000 Einwohner und mehrere Petroleumraffinerien ...“ In einem Lexikon von 1935 steht: „... Viehzucht, Maisbau, bedeut. Erdölgewinnung ... 526 000 Einw., 67 % Tschetschenen, 18 % Russen ...“

Und nun „Meyers Neues Lexikon“, DDR, 1976: „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Tschetschenen und Inguschen ... Unter der Sowjetmacht grundlegende Umgestaltung des ehemals rückständigen, einseitig auf die Erdölförderung ausgerichteten Randgebietes des zaristischen Rußlands zur hochentwickelten Industrie-Agrarrepublik ... Hauptzweige sind Erdölförderung und -verarbeitung, chemische Industrie, Maschinenbau, Elektroenergieerzeugung, Holzverarbeitungs-, Baustoff-, Leicht- und Nahrungsmittelindustrie.“

Weiter: Von 1940 bis 1973 stieg die Stromerzeugung auf das 9fache, die Ölgewinnung

auf das 7fache, die Erdgasförderung auf das 47fache, die Produktion von Erdölapparaturen auf das 10fache. 1970 zählte die Republik 1,13 Millionen Einwohner, davon 48 % Tschetschenen, 34,5 % Russen, 10,7 % Inguschen sowie knapp 9 % weitere Nationalitäten. 1974 hatte Grosny 369 000 Einwohner.

1973 produzierte Tschetschenien allein halb soviel Erdöl wie die gesamte UdSSR vor Beginn des 2. Weltkrieges. 1913 förderte das zaristische Rußland 9,2 Mio t, Tschetschenien 1973 allein fast 15 Millionen!

Muß man nicht davon ausgehen, daß die Tschetschenen in ihren Auln auch nach der Oktoberrevolution, nach dem Ende von Bürgerkrieg und Intervention kaum wußten, wie man Erdöl fördert, geschweige denn, wie man die nötigen Ausrüstungen herstellt? Daß sie allein die Mittel erwirtschafteten, die investiert werden mußten, um die Umgestaltung zu vollziehen? Waren sie nicht eher meist Analphabeten, die zu dieser Umwandlung ihres Landes nicht nur Produktionsmittel, sondern auch Fachleute aus den russischen Industriezentren benötigten? Zu einer Umgestaltung gehört auch eine entsprechende kulturelle Entwicklung. So erwähnt das Lexikon von 1973, daß in Grosny Institute, Technika, Museen, Theater geschaffen wurden; Krankenhäuser und Schulen werden nicht extra erwähnt - das stellte eine Selbstverständlichkeit dar!

Das zaristische Rußland war eine Kolonialmacht. Anders als England oder Frankreich, deren Kolonien vor allem in Afrika und Süd-asien lagen, befanden sich die der russischen Bourgeoisie und des Feudaladels innerhalb der Landesgrenzen. Während England und Frankreich die Ausplünderung ihrer „Besitzungen“ bis nach 1945 fortsetzten, wodurch sie breite Schichten der eigenen Arbeiterklasse korrumpieren konnten, verwandte die UdSSR einen großen Teil des im russischen Industriegebiet produzierten Nationaleinkommens für die Umgestaltung des Kaukasus, Mittelasiens, Nordasien. Hätten die Russen „ihre“ Kolonien weiter ausgebeutet, wäre der Lebensstandard in Zentralrußland bis 1941 gewiß auf das Niveau Italiens oder Finnlands gestiegen! In Moskau oder Leningrad hätte man wie in Helsinki oder Genua gelebt.

Die Frage ist, wem der Reichtum, der durch die Umgestaltung entstand, gehören sollte? Hätte man vielleicht all die neuen Betriebe, die Erdölquellen, die Ölleitungen nach Rostow am Don oder die nach Noworossisk den Tschetschenen, Inguschen und den zugewanderten Russen in „Selbstverwaltung“ übergeben sollen? Die Umgestaltung geschah mit Hilfe der gesamten Wirtschaftskraft der UdSSR. Es wurde also gesamtgesellschaftliches Eigentum geschaffen und es wäre ein unvorstellbarer Mißbrauch gewesen, wenn sein Nutzen allein den Werktätigen der örtlichen, „selbstverwalteten“ Be-

triebe zugute gekommen wäre.

Die UdSSR, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln gibt es nicht mehr. Wem soll nun der Reichtum Tschetscheniens Profit bringen? Wenn Jelzins Truppen Grosny angreifen, dann bestimmt nicht, um das gesellschaftliche Eigentum wiederherzustellen. Wer also steckt hinter dem Krieg gegen Tschetschenien, um das Erdöl? Denn darum geht es!!!

Ich weiß es nicht. Es gibt ja viele Interessen, ausländische Konzerne, Banken imperialistischer Staaten, einheimische russische Mafiosi, die sich nicht nur das Öl Tschetscheniens und Bakus, sondern alle Rohstoffe des Kaukasus, Mittelasiens, auch die Diamanten, das Gold Ostsibiriens unter den Nagel reißen wollen.

Sicher steckt auch ein gewisser Boris Abramowitsch Beresowski dahinter. Über dessen Geschäfte, seinen Einfluß auf Jelzin, die Tatsache, daß er „durch fast jede Gesetzeslücke schlüpft“, brachte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, das Zentralorgan des Monopolkapitals der BRD, am 4.9.99 einen ganzseitigen Artikel. Er gelte als eine Art „Pate des Kreml“. Er könne sich „den Luxus leisten“, auf seinen „Ruf zu spucken“, zitiert ihn die FAZ. Es folgt eine lange, detaillierte Aufzählung seiner Geschäfte, die ihm 3 Milliarden Dollar eingebracht haben, was er nicht bestreitet.

Da er Geld machen will, „arbeite er auf das Ende des Tschetschenienkrieges hin“. Nicht etwa wegen der Menschenleben, die der Krieg kostet! Auch darauf kann er spucken. Er ist Teilhaber der großen sibirischen Ölgesellschaft Sibneft. Auch bei Gasprom, dem größten und reichsten Konzern Rußlands, versucht Beresowski laut FAZ Fuß zu fassen. „Dank seiner guten Kontakte zu den Tschetschenen wurde er ein wichtiger inoffizieller Unterhändler Moskaus für den Freikauf von Geiseln in der abtrünnigen Kaukasus-Republik. Man munkelt, das sei nicht selbstlos gewesen, sondern gegen Provision. Bei dem Lösegeld ging es um viele Millionen Dollar“, schreibt die FAZ. Wer die Geiseln waren, wessen Profitinteressen sie vertraten, wird nicht verraten.

Natürlich genügt es nicht, den Krieg in Tschetschenien - so oder so - „zu beenden“. Der Zugriff auf das Öl und andere Rohstoffe Mittelasiens, ihr Transport, am besten über den Kaukasus und die Türkei an die Mittelmeerküste, muß absolut gesichert sein! Deshalb - und auch der weiteren Einkreisung Rußlands wegen - will Herr Schewardnadse mit seinem Georgien nun in die NATO. Auch aus Armenien kommen solche Signale, die Türkei gehört ohnehin schon lange dazu. Und darum: Leoparden in die Türkei! Bevor die Amerikaner kommen! Wie sagte Joschka, der liebe, pazifistische, humanistische Grüne so richtig? „Keine Waffen an die Türkei, die im Innern eingesetzt werden können“.

Walter Florath

Viktor Truschkow in der „Prawda Rossiji“

Die Schüsse von Wyborg

Das Regime hat die Wahlkampagne mit Schüssen auf Arbeiter begonnen! In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober ist im Zellulose-Papier-Kombinat (Siedlung „Sowjetskij“, Leningrader Gebiet) Arbeiterblut vergossen worden. Mehr als 40 Verletzte, zwei davon mit Schußwunden im Hospital. So sind Spezialeinheiten von „Taifun“, die zur Niederschlagung von Gefängnismeutereien geschaffen wurden und zur Struktur des Justizministeriums der Russischen Föderation gehören, mit den ihre Rechte verteidigenden Arbeitern umgesprungen!

Das Wyborger Zellulose-Papier-Kombinat arbeitet schon seit zwei Jahren als „Volksbetrieb“. Es hat keine Steuerschulden. Hier werden die Löhne immer rechtzeitig gezahlt. Das Kollektiv des Betriebes fühlt sich - auf sowjetische Art - als Herr des Betriebes. Die formelle Grundlage für die so ungewöhnliche Lage als „Insel des Sozialismus im Meer der kapitalistischen Unendlichkeit“ - das war eine Verletzung der Gesetze in der Anfangszeit der Privatisierung des Kombinats. Alle folgenden Versuche, den Betrieb hinter dem Rücken des Kollektivs weiterzuverkaufen, erwiesen sich in juristischer Hinsicht als ebenso zweifelhaft. Deshalb gestand der Staatssekretär des stellvertretenden Ministers für Staatsvermögen Rußlands zwei Monate vor den Wyborger Schüssen zu, daß das Kombinat „bis zur Lösung der Frage der Gesetzlichkeit des Verkaufs an die britische Company“ de facto Volksbetrieb bleibt.

Die neu in Erscheinung getretenen englischen „Eigner“ wollten jedoch nicht die endgültige Entscheidung des russischen Gerichts abwarten. Sie beriefen sich auf eine vorangegangene Gerichtsentscheidung, gegen die von der Staatsanwaltschaft Protest eingelegt worden war. Der Diener des ausländischen Kapitals A. Sabodash, der aus dessen Händen den Direktorensessel erhalten hatte, begab sich unter Begleitung von Spezialeinheiten in Bussen plus Gefängniswärtern und Gerichtsvollziehern nachts in den Betrieb. Das Ziel der Operation bestand nicht nur darin, den durch den Herrn eingeklagten Direktorensessel in Besitz zu nehmen, sondern auch in der „Exmitierung aller, die keinen Arbeitsvertrag mit der ausländischen Company besitzen“. Den aber hatte in

Sowjetskij niemand. Die neuen „Chefs“ beabsichtigten, mit der vollständigen Entlassung aller Arbeiter und Spezialisten zu beginnen.

Und dann hat sich nach einem Sirensignal der Werklokomotive mitten in der Nacht das gesamte Arbeitskollektiv erhoben. Handgemenge mit wechselndem Erfolg. Schüsse auf Arbeiter. Blut. Blaue Flecke, die Sabodash erhielt. Unter dem verachtungsvollen Applaus und dem Siegesgeheul des Kollektivs verließen die Gerichtsvollzieher, die Spezialeinheiten und die käuflichen Administratoren das Zellulose-Papier-Kombinat. Verstärkt worden ist die Arbeiterwache des Betriebes. Voller Unruhe erwartet man neue Provokationen. Die Vorgänge in Wyborg dürften zu historischen Ereignissen werden. Denn Verschiedenes wurde klar. Erstens: Dem Jelzin-Staat diktieren die Bourgeois, einschließlich der ausländischen, ihren Willen. Zweitens: Die Arbeiter und Spezialisten sind zum erstenmal nach dem August 1991 wieder zur entschiedenen Verteidigung des Rechts aufgetreten, in ihrem Lande zu ar-

beiten und dort die Herren zu sein. Das Regime aber hat - ebenfalls zum erstenmal in den Jahren der Pseudodemokratie - die Schüsse an der Lena wiederholt. (gemeint ist das terroristische Vorgehen der zaristischen Soldateska gegen streikende Arbeiter, das 1912 auf den sibirischen Goldfeldern an der Lena stattfand - d. Ü.). Drittens: Nicht zufällig ist die Wyborger Wiederholung der Lena-Ereignisse mit dem Beginn der aktiven Etappe der Duma-Wahlkampagne zusammengefallen.

Aber wie nach den Lena-Schüssen von 1912, mit denen eine revolutionäre Offensive der Werktätigen Rußlands am Anfang des 20. Jahrhunderts begann, sind die Schüsse von Wyborg geeignet, als Auftakt dafür zu dienen, einen Schlußstrich unter die kapitalistische Restauration am Ende des Jahrhunderts zu ziehen.

Nachbemerkungen des Übersetzers:

1. Das „St. Petersburg“ umgebende Gebiet heißt noch immer Leningradsckaja Oblastj. Der Gouverneur gehört zu den volkspatriotischen Kräften, unter denen die KPRF den stärksten Einfluß besitzt.

2. Werden die deutschen Arbeiter und alle anderen Werktätigen lernen müssen, wieder einmal mit „ihrer“ Bourgeoisie „russisch zu sprechen“?!

Eberhard Bock



Рис. Федора АЛЕКСЕЕВА (Санкт-Петербург).

Kein Russe wird ruhig leben, solange ich der Präsident Rußlands bin

Aus Sowjetskaja Rossija v. 25.09.99

Die erfundenen Massengräber

Unter dem Titel „Wo sind die Todesfelder im Kosovo?“ veröffentlichte das Stratfor Intelligence Center, der private amerikanische Nachrichtendienst für Großunternehmen, am 17. Oktober 1999 eine kritische Analyse, in der NATO-Behauptungen vom serbischen Genozid an den Kosovo-Albanern mit der Zahl der im Kosovo tatsächlich gefundenen Leichen gegenübergestellt werden. Trotz intensiver Suche der NATO wurden bisher nur einige hundert Leichen im Kosovo gefunden. An vielen von der NATO als Massengräber angekündigten Stätten befand sich kein einziger Toter. In anderen Gräbern erwies sich die Zahl als viel geringer als ursprünglich vermutet, wobei die offizielle Definition des Massengrabes, wie sie im Kosovo gebraucht wird, laut Stratfor ein Grab ist, in dem sich mehr als eine Leiche befindet.

Wir erinnern uns, daß sich Brüssel zur Rechtfertigung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien insbesondere auf den Vorwurf des Genozids im Kosovo berief. In der Folge warf die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr Tausende und Abertausende von Bomben, die fast 2 000 jugoslawische Zivilisten, hauptsächlich Frauen und Kinder, zerrissen und die materielle Lebensgrundlage eines ganzen Volkes zerstörten.

Besonders schrille Töne kamen seinerzeit von Scharping und Fischer: Präsident Milosevic wurde mit Hitler gleichgesetzt und das Kosovo mit Auschwitz. Und da sich die sogenannte 68er Generation einst „Nie wieder Auschwitz!“ geschworen hatte, tappten auch die moralin-grünen selbsternannten Gutmenschen voll „innerer Zerrissenheit“ in die Falle der Expansions- und Aggressionspolitik des Neuen Strategischen Konzepts der NATO.

Die NATO-Greuelpropaganda über die angeblich systematische und massenhafte Ermordung albanischer Zivilisten im Kosovo wurde von bestimmten „Massengräber-Journalisten“ trotz offensichtlicher Widersprüche ungeprüft und ohne Skrupel in den großen Medien verbreitet. Aber je länger die NATO im Kosovo ist und je mehr angebliche Massengräber von den gerichtsmedizinischen Expertenteams untersucht wurden, um so unhaltbarer werden die Behauptungen. Stratfor Intelligence hat sich dieser Frage nun in überzeugender Weise angenommen und bemerkt: „Dies ist keine Übung in der Kunst des Makabren, sondern eine berechtigte Frage angesichts der ausdrücklich verkündeten Kriegsziele der NATO und ihrer Behauptung, die Serben hätten Kriegsverbrechen in ungeheuerlichem Ausmaß verübt.“ Und Stratfor meint zurecht: „Da es sich um die erste militärische Intervention der NATO gegen eine souveräne Nation handelte, verlangte der Krieg schon einiges an Rechtfertigung“.

In der Zusammenfassung der Analyse schreibt der amerikanische Nachrichtendienst: „Während ihres vier Monate dauernden Krieges gegen Jugoslawien argumentierte die NATO, daß im Kosovo Massenmord an der Tagesordnung war. Nach offiziellen Schätzungen der NATO sollen etwa 10 000 Kosovo-Albaner dem Blutausch der serbischen ethnischen Säuberung zum Opfer gefallen sein. Nach vier Monaten internationaler Untersuchungen sind auch tatsächlich Leichen gefunden und exhumiert worden, aber die Gesamtzahl beträgt hunderte und keineswegs tausende von Toten. Das FBI (das das größte gerichtsmedizinische Team stellte und das am intensivsten gearbeitet hat - R. R.) hat weniger als 200 Leichen gefunden. Wenn man sich an die vorliegenden Beweise hält, dann scheint es, daß die Zahl der ermordeten kosovo-albanischen Zivilisten weitaus geringer ist, als stets behauptet wurde. Neue Leichenfunde könnten diese Sicht zwar noch widerlegen. Bisher aber gibt es keinerlei Beweise, daß ein Massenmord in solchen Größenordnungen stattgefunden hätte, wie dies von der NATO zur Rechtfertigung ihres Krieges behauptet wurde.“

Verwundert fragt Stratfor, warum die NATO nicht mehr zur Aufklärung des Sachverhalts im Kosovo beiträgt: „Man sollte doch davon ausgehen können, daß Clinton, Blair und die anderen NATO-Führer eifrig bemüht sein müßten, der Welt zu beweisen, daß der Krieg nicht nur unvermeidbar, sondern moralisch zwingend erforderlich war.“ Viele NATO-Führer waren „wegen des Krieges zu Hause massiver Kritik ausgesetzt, besonders in Europa. Da hätte es doch für die NATO nichts Leichteres gegeben, als der Öffentlichkeit ständig neue Beweise und grafische Schilderungen über die „Killing Fields“ im Kosovo vorzulegen, die die Notwendigkeit des Krieges unterstrichen und dessen Kritiker bloßgestellt hätten. Zudem würden solche Beweise der NATO mehr als alles andere dabei helfen, in der jugoslawischen Bevölkerung die Unterstützung für Präsident Slobodan Milosevic zu untergraben und die Opposition zu fördern.“

Sollte sich tatsächlich herausstellen, daß die Behauptungen der NATO über die angeblichen serbischen Greuelthaten im wesentlichen Falschinformationen waren, dann könnte das auch nach Meinung von Stratfor weitreichende Folgen haben: „Wieviele Menschen im Kosovo tatsächlich ermordet wurden, spielt schon eine wichtige Rolle ... Denn es gibt eine Trennungslinie zwischen Repression und Massenmord. Wenn dieser Unterschied verwischt wird, dann hat das schwerwiegende Auswirkungen nicht nur für den Zusammenhalt der NATO, sondern auch für den Begriff der nationalen Souveränität.“

Daß ausgerechnet Stratfor sich aus der Sicht

des internationalen Großkapitals Sorgen um die nationale Souveränität macht, hat natürlich besondere Gründe: „Wenn in Zukunft eine Handvoll oder einige Dutzend Menschen bei Arbeiterunruhen getötet werden, heißt das dann, daß die internationale Gemeinschaft das Recht hat, mit Waffengewalt einzzugreifen?“, fragt das Intelligence Center besorgt.

Rainer Rupp

Nach dem Lesen einer Enthüllungsstory

Tops und Flops

Zugegeben, mit einiger Anstrengung, habe ich Klaus Steinigers Buch „Tops und Flops - Die Geschäfte der USA-Geheimdienste“ (Elefanten Press Verlag, ISBN 3-88520-720-6) gelesen. Es hat mich derart gefesselt, daß ich nach nur kurzen Pausen immer wieder zu der Lektüre gegriffen habe. Mit Akribie werden die konterrevolutionären Aktionen des USA-Imperialismus - überall dort, wo sich Anzeichen für gesellschaftlichen Fortschritt zeigten - aufgelistet, ihre Tops und Flops beim Namen genannt, dokumentiert. Es ist unfassbar, daß ausgerechnet die Vereinigten Staaten - dieser selbsternannte und selbstherrliche „Weltgendarm“ - sich anmaßen, als Friedensengel und Moralwächter, als Schutzpatron aller Verteidiger der Menschenrechte aufzutreten. Mehr noch: Ein schier unentwirrbares Konglomerat von US-Geheimdiensten schwingt sich mit Methoden, die der Staatssicherheit der DDR völlig fremd waren - soweit ich das als Außenstehender beurteilen kann - dazu auf, nach Gutdünken dieses oder jenes Präsidenten „Geschichte zu schreiben“.

Ich bin durch das Lesen dieses Buches ein weiteres Mal von der Richtigkeit meiner Auffassung überzeugt worden, daß der Imperialismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Auch auf das höchste Stadium des Kapitalismus trifft - heute erst recht die Marxsche Feststellung zu: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Danke, Genosse Steiniger, diese Wahrheit hast Du mir mit Deinem Buch erneut bestätigt. Ich werde es mindestens noch einmal lesen müssen, mit dem Stift, für Unterstreichungen und Randbemerkungen. Erst dann, glaube ich, wird mir sein ganzer Reichtum erschlossen werden.

Günter Buschow

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (14)

Zur Theorie der revolutionären Situation

Es mag absurd erscheinen, zehn Jahre nach der Niederlage des europäischen Sozialismus auch nur theoretisch die Frage nach der revolutionären Situation zu stellen. Doch: Wenn auch in Mitteleuropa zur Zeit keine revolutionäre Situation besteht, in anderen Regionen der Welt gibt es sie oder reift sie heran.

Bei allgemeiner Prosperität, so Marx, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Sie ist nur in solchen Perioden möglich, in denen die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen miteinander in Widerspruch geraten und eine Krise erzeugen (MEW 7/98). Nun existiert inmitten Europas für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung noch „Prosperität“, für einen zunehmend größeren Teil werden jedoch Auswirkungen des genannten Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, Sozialabbau, zunehmender Existenzunsicherheit, auch für „besser Verdienende“, fühlbar. Auf dem Balkan und in Osteuropa erzeugt dieser Widerspruch sogar in bedrohlichem Maße Erscheinungen von Not und Elend. Es könnte sein, daß wir revolutionären Situationen auch in Mitteleuropa näher sind, als es augenblicklich scheinen mag.

Was ist nun eine revolutionäre Situation? Erste Betrachtungen darüber finden sich in der englischen und französischen Revolutionsliteratur. Aber die Historiker jener Zeit vermochten noch nicht, die revolutionäre Situation aus der Zuspitzung der Widersprüche in den ökonomischen Verhältnissen abzuleiten. Sie erklärten sie aus Überbauerscheinungen und/oder aus psychologischen Befindlichkeiten der Akteure.

Erstmalig verwies Marx auf die Entwicklung einer revolutionären Situation aus den sozialökonomischen Widersprüchen der französischen Gesellschaft vor der Februarrevolution des Jahres 1848: Kartoffelkrankheit, Mißernten, Hungersnot, Auswirkungen der Handels- und Industriekrise in England auf den Kontinent sowie die „liederlichen Gelüste“ der Finanzaristokratie erzeugten eine „allgemeine Gärung“ in den Volksmassen, die allmählich zur „Revolte“ ausreifte. Dies war die eine Seite: Die unteren Volksmassen wollten nicht mehr so weiterleben. Aber auch die Regierung war außerstande, die Gesellschaft zu führen; die Armee - das wichtigste Repressivorgan - erwies sich als weitgehend gelähmt. Mit anderen Worten: Die herrschende Klasse konnte nicht mehr so weitermachen wie bisher.

(MEW 7/12-16)

Lenin unterschied drei Hauptmomente der revolutionären Situation.

1. Die herrschenden Klassen können nicht mehr, die unterdrückten Klassen wollen nicht mehr so weiterleben wie bisher.
2. Not und Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich „über das gewöhnliche Maß hinaus“.
3. Dadurch „steigert sich erheblich die Aktivität der Massen“, werden sie „zu selbständigem historischen Handeln gedrängt ...“ (Lenin, Werke 21/206)

Not und Elend sind nicht im physischen Sinne einer „Verelendungstheorie“ zu verstehen. Verelendete wie die völlig degenerierten „Müll- und Rattenmenschen“ in Brasilien oder das Subproletariat in den imperialistischen Metropolen sind zu revolutionären Aktivitäten unfähig. Gemeint sind eine zunehmende Existenzunsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, die Gefahr der Ausgrenzung, das Anwachsen von Bankrotten kleiner und mittlerer Unternehmer, die Ruinierung von Bauernwirtschaften, ständige Einkommensverluste.

Revolutionäre Situationen gehen aus sehr unterschiedlichen Krisen hervor: Finanz-, ökologischen-, politischen-, sozialen-, ökonomischen- und Strukturkrisen. Diese müssen jedoch - für sich genommen - nicht zu einer revolutionären Situation führen. Politische Krisen können sowohl eine konstitutionelle als auch eine revolutionäre Form annehmen. Im ersten Fall ist die Bourgeoisie dazu in der Lage, den Konflikt auf dem Boden der bürgerlichen Verfassung zu entschärfen, ohne daß die Systemfrage gestellt wird: Durch Regierungswechsel, vorgezogene Wahlen etc., wobei außerparlamentarische Massenaaktionen eine Rolle spielen. Ob die politische Krise revolutionären Charakter annimmt, hängt vom Klassenkräfteverhältnis, von der Stärke des politisch organisierten Teils der Arbeiterschaft, vom Einfluß und der Verfassung ihrer Vorhutpartei ab.

Revolutionäre Situationen entwickeln sich in der Regel ungleichmäßig. Sie können sich in einer Region des Landes entfalten, während es in anderen Teilen ruhig bleibt; sie können an einem Abschnitt bereits wieder abflauen und sich an einem anderen aufbauen. Diese Erscheinung hängt mit der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Landesteile und deren Sozialstruktur (Industrieviertel, landwirtschaftliches Gebiet usw.) zusammen.

Eine revolutionäre Situation führt auch nicht automatisch zu einer Revolution.

Dies ist nur möglich, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse (oder wenigstens die klassenbewußten Arbeiter) und anderer werktätiger Schichten



die Notwendigkeit des Umsturzes „völlig begreift und bereit ist, seinetwegen in den Tod zu gehen“, wenn sie sich anhand der „eigenen politischen Erfahrung“ von dieser Notwendigkeit überzeugt hat, denn mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. (Lenin, Werke 31/72 f., 80) Darin sah Lenin das „Grundgesetz aller großen Revolutionen“.

In der Analyse der russischen Revolution von 1905 wies er in einem weniger bekannten Artikel vom September 1906 auf eine spezifische Seite der revolutionären Situation hin, die für die Dritte Welt im 20. Jahrhundert von größter Bedeutung werden sollte und wahrscheinlich im 21. Jahrhundert noch sein wird: den Partisanenkrieg. In diesem erkannte er eine neue „unvermeidliche Kampfform in einer Zeit, in der die Massenbewegung in der Praxis schon an den Aufstand heranreicht und mehr oder minder große Pausen zwischen den ‘großen Schlachten’ des Bürgerkriegs eintreten.“ (Lenin, Werke 11/208) Lenin unterschied ausdrücklich den Partisanenkrieg vom Anarchismus, Blanquismus und dem individuellen Terror, wobei die Grenzen zwischen diesen Erscheinungen fließend sind. Der Partisanenkrieg ist jedoch noch keine Revolution, aber ein mögliches Moment der revolutionären Situation. Für die sozialen und antikolonialen Befreiungsrevolutionen des 20. Jahrhunderts in China, Vietnam, Cuba, anderen Ländern Lateinamerikas, Angola, Mosambique u.a. trifft dies zweifellos zu. Gerade in Lateinamerika können die von den multinationalen Konzernen und Banken sowie der einheimischen Oligarchie erzeugten tiefen ökonomischen und sozialen Krisen - der Schuldenberg des Subkontinents beträgt fast eine Billion Dollar! - im 21. Jahrhundert zu einer ganzen Serie revolutionärer Situationen führen, deren Ausgang natürlich nicht prognostiziert zu werden vermag.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 (MEW 7/12-18)
W.I. Lenin: Der Partisanenkrieg. Werke 11/202-213

Warum ich von einer Konterrevolution ausgehe

Einwurf eines „RotFuchs“- Lesers

Im Zusammenhang mit den 50. Jahrestagen der Gründung von DDR und BRD gab es vielfältige Versuche, die Geschichte beider deutscher Staaten „aufzuarbeiten“ und echte oder vermeintliche Gründe für die Niederlage des Sozialismus zu benennen. Die Resultate, zu denen die Beteiligten der Debatten und die Autoren der Artikel gelangten, entsprachen den jeweiligen Standpunkten, die sie zum Sozialismus im allgemeinen und zu dem in der DDR verwicklichten im besonderen einnehmen. Wer sich jedoch - dem Zeitgeist folgend - auf die Darstellung der beim sozialistischen Aufbau in der DDR begangenen Fehler kaprizierte, blieb mehr als einseitig. Er verließ Klassenpositionen, die für mich unverzichtbar sind.

Bedenkt man, mit welcher Aggressivität nach außen und mit welcher Brutalität nach innen der deutsche Imperialismus seine Machtinteressen in diesem Jahrhundert durchzusetzen versucht hat, dann ist zu ermesen, welches Potential durch ihn aufgeboden wurde, um die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren. Die Machtgier deutscher Monopole war so groß, daß sie die Möglichkeit der Selbstvernichtung nicht einmal in Betracht gezogen hatten. Die Niederlage, in deren Ergebnis dem deutschen Kapital ein nicht geringer Teil seines Herrschaftsbereichs (DDR und Ostgebiete) entzogen wurde, stellte für die Bourgeoisie eine Katastrophe dar. Nur mit Hilfe der Westmächte konnte sie wenigstens einen Teil ihres Imperiums in der späteren BRD retten. Deren Auftrag - als abgeforderte Gegenleistung für die Bewahrung und Wiederherstellung des deutschen Imperialismus - war der Kampf gegen den Sozialismus im Osten des Landes von der ersten Minute an. Mit den Mitteln und Methoden des Kalten Krieges ging man daran, die Erwartungen zu erfüllen und die verhaßte DDR zu liquidieren. Im Hintergrund standen immer die Amerikaner. Nur einer von vielen imperialistischen Geheimdiensten, die CIA der USA, verfügte über ein Jahresbudget von mehr als 25 Milliarden Dollar. Mit derartigen Summen ließ sich u. a. eine Menge Opposition organisieren und fördern. Viele, die sich als unabhängige „Menschen- und Bürgerrechtler“ ausgaben, hingen in Wahrheit an unsichtbaren Fäden der verschiedensten Dienste.

Den Ablauf solcher Operationen haben wir heute in Serbien und Montenegro vor Augen. Wenn der Sonderbeauftragte der USA-Regierung für Jugoslawien vor einem Senatsausschuß darlegte, die Vereinigten Staaten hätten vor der Aggression 16,5 Mio Dollar zur Unterstützung „demokratischer Kräfte“ in Serbien ausgegeben - er nannte das eine „Investition in die Zukunft“ -, dann

ist wohl klar, wie diese Zukunft aussehen soll. Übrigens hieß es in der Rede des Clinton-Emissärs wörtlich: „Wir nähern uns der Vollendung des Ringes um Serbien, eines Netzes von Sendeeinrichtungen, das den Empfang der Stimme Amerikas, von Radio France International und anderen westlichen Nachrichtenprogrammen auf UKW im ganzen Land ermöglicht.“ Die ideologische Diversion marschiert. Nach der Konterrevolution in Osteuropa schränkten viele Rundfunkstationen des Senders „Freies Europa“ und von „Radio Liberty“ vorübergehend ihre Programme ein. Sie wurden nicht mehr benötigt. Inzwischen sind die meisten wieder im Äther.

Wenn die USA ihrer Marionette Djukanovic, der jetzt die D-Mark als „Zweitwährung“ eingeführt hat, noch vor seiner Wahl zum Präsidenten Montenegros 20 Mio Dollar zur „Stützung des Budgets“ zukommen ließen, dann gehört schon eine Menge Naivität dazu, etwa anzunehmen, es habe sich hierbei um einen Akt der Menschenfreundlichkeit gehandelt. So wird heute die „Demokratisierung“ ganz offen betrieben. Auch in Jugoslawien geht es nur darum, die Reste des Sozialismus „wegzusprenge“. Das ist nach der Konterrevolution in den anderen Ländern Ost- und Südosteuropas erheblich leichter als zu jener Zeit, in der die Imperialisten noch gegen den intakten Sozialismus und dessen Sicherheitsorgane antreten mußten.

Die Isolierung und der Sturz von Milosevic bleiben der Eckpfeiler der Strategie Washingtons und der NATO. Alle Möglichkeiten zur Unterstützung der „Opposition“ gegen ihn werden von den imperialistischen Geheimdiensten wahrgenommen. Die Muster, nach denen die „Wende“ in Belgrad ablaufen soll, unterscheiden sich nur wenig von dem, was wir erlebt haben. „Wandel durch Annäherung“ nannte die BRD ihre Politik gegenüber der DDR. Als „Konterrevolution auf Filzlatschen“ bezeichnete sie DDR-Außenminister Oskar Fischer.

Das traf genau den Kern der Frage. Das Eingehen auf dieses Spiel blieb nicht ohne Folgen. Im Strategiepapier SED-SPD von 1987 wurde dem Imperialismus Friedensfähigkeit bescheinigt, obwohl dessen Staaten nach dem 2. Weltkrieg weit über 50 Militäreinsätze und Kriege unternommen oder angezettelt hatten. Die schleichende Entwaffnung der Partei und der Arbeiterklasse durch den Übergang zur „Koexistenz der Ideologien“, nach Lenin absolut unmöglich, wurde zu einem wesentlichen Grund für den Untergang des Sozialismus in Europa.

Jürgen Thiele

Gerade im GNN-Verlag erschienen
und dringend empfohlen

HEINZ KAMNITZER Die Große Verschwörung Deutschland 1914 bis 1918

Mit einer Dokumentation: Aus den letzten Aufsätzen Rosa Luxemburgs in „Die Rote Fahne“, 92 Seiten, illustriert, 14 DM, ISBN 3-89819-007-2

HEINZ KAMNITZER

Die Pappel am Karlsplatz

Wie
Sind wir
Verkommen
Der Pappel
Am Karlsplatz
Hat
Die Behörde
Das Leben
Genommen

Brecht
Hat den Baum
Bedichtet
Weil
In dem kalten
Jahr
Als Frieden
War
Die Leute
Die in der Nähe
Wohnten
So froren
Und
Ihn schonten

Aus
Aller Welt
Kam man
Seitdem
Die grüne Pappel
Und
Die guten Menschen
Zu sehen
Was
Unserer Stadt
Viel Ehr
Gemacht

Nun
Wurden
Über Nacht
Der Baum
Und Brecht
Zusammen
Umgebracht

Kein Literat
Ist empört
Wie
Sich gehört

Zum Ableben des Genossen Harry Schmitt

Tod eines Kommunisten



Harry Schmitt

Feliks Dzierzynski, der Mitstreiter Lenins, Vorsitzende der Tscheka, Stabschef in der Schlacht um Millionen eltern- und bleiblose Besprismis und Organisator des Wiederaufbaus der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg ist eines natürlichen Todes gestorben. Und doch ist er auf dem Posten, auf den ihn die Partei zuletzt gestellt hatte, mitten im Kampf für die kommunistische Sache gefallen. Als Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrates sprach er in einer stürmischen Sitzung des Gremiums, in der um die richtige Linie gestritten wurde. Er nahm sich den Meinungsstreit so zu Herzen, daß er am Rednerpult zusammenbrach. Der Tod eines Kommunisten, wie er sich dramatischer kaum ereignen kann. Die Erfüllung eines schweren und reichen Lebens. Bis zum letzten Atemzug.

Jetzt haben wir einen Tod auf Dzierzynskis Art in den eigenen Reihen erlebt. Vor unseren Augen ist Harry Schmitt auf die gleiche Weise gestorben. Am Beginn einer Debatte der Gruppe Nordost um inhaltliche Fragen des weiteren Vorbringens der Partei, an der auch Heinz Stehr teilzunehmen gedachte, wollte er sich als erster Diskussionsredner zu Hemmnissen äußern, auch zu unberechtigten Vorwürfen an die Adresse seines Kollektivs, mit dem sich der kritische Geist stets eng verbunden fühlte. Er trat vor vollem Saal ans Mikrofon, begann zu sprechen, sein Thema zu umreißen. Plötzlich brach die Stimme ab. Genossen, die die Situation blitzschnell erfaßten, fingen den Sturzenden gerade noch auf. Anwesende Ärzte, Pfleger, Laien suchten den Leblosen bis zum Eintreffen der Rettungskräfte zu reanimieren. Stunden später teilte das Krankenhaus der Familie den Herztod des auf die Wachstation Eingelieferten mit. Harrys tapfere Frau, unsere Genossin Edith, weiß, wie sehr wir mit ihr um den unersetzbaren Verlust trauern, der die Angehörigen - vier Kinder, acht Enkel und ein Urenkel bleiben zurück - und

uns - die große kommunistische Familie - betroffen hat. Auch Peter, unser Genosse, der des Vaters Staffette nun aufnehmen muß, weiß darum.

Wer war Harry Schmitt, den manche unserer Leser nur als Autor bewegender Beiträge und tätigen Mitgestalter des „RotFuchs“ kennengelernt haben? Das große Leben des im Alter schmächtigen, eher unauffälligen Mannes, der Strenge und scheinbare Schroffheit mit Wärme und Herzlichkeit gegenüber Gleichgesinnten verband, verdient weit mehr als einen schlichten Nachruf.

Harry, dessen Urne beim Insgrabsenken - seinem letzten Willen entsprechend - in die Sowjetfahne mit Hammer, Sichel und Stern gehüllt wurde, war das Beispiel eines proletarischen Internationalisten. Sohn von Arbeitern und Kommunisten - der Vater gehörte der KPD-Reichstagsfraktion an und wurde von den Faschisten als illegaler Kämpfer der Partei 1935 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt -, emigrierte der 13jährige im April 1933 mit der Mutter in die Sowjetunion. Dort ging der KJVDler und Komsomolze - nach der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit war er 1936 Bürger der UdSSR geworden - zur Schule und in die Mechanikerlehre. 1938 - im Rahmen der damals einsetzenden Massenrepressalien - wurde er aufgrund von erfundenen Beschuldigungen als angeblicher Hitlerjunge verhaftet und in Abwesenheit zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Zwei Jahre später erfolgten Haftentlassung und Rehabilitation, nachdem Wilhelm Pieck - auf Ersuchen der Mutter - bei Georgi Dimitroff und dieser bei der zuständigen sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft interveniert hatten. Auch die bitteren Erfahrungen im Lager konnten Harry Schmitt nicht von seiner kommunistischen Überzeugung und seiner festen Verbundenheit mit dem Sowjetland abbringen. Damals führte er die Schläge gegen Kader der Partei und der Roten Armee auf das Wirken einer „Fünften Kolonne“ des Gegners in den sowjetischen Sicherheitsorganen zurück.

Am 22. Juni 1941 - dem Tag des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion - meldete sich Harry Schmitt, der unter demselben Datum in die KPD aufgenommen wurde, freiwillig zur Roten Armee. Er kam in ein internationales Ausbildungslager zur Vorbereitung auf den Einsatz hinter den feindlichen Linien. Als einfacher Kämpfer und dann als Kommandeur sprang er etliche Male mit dem Fallschirm im Hinterland der Faschisten ab. Er war an zahlreichen Operationen beteiligt. Im Februar 1942 geriet er im Raum Minsk unter falscher Identität als vermeintlicher Russe in die Hände des faschistischen SD. Er wurde in SD-Haft gefoltert und dann in das spätere Vernichtungslager Trosdenez gebracht. Dort gelang ihm im September 1942 die von außen mitorganisierte Flucht. Nach längerem Aufenthalt bei einer Partisanenabteilung, an deren erfolgreichen Aktionen gegen faschistische

Objekte er immer wieder teilnahm, kehrte Harry über die Frontlinie in das „Große Land“ - die Sowjetunion - zurück. Bis zum Sieg über den Faschismus war er überwiegend Aufklärer und Einzelkämpfer, wobei er zu einer Gruppierung der von Marschall Rokossowski befehligten 2. Bjelorusischen Front gehörte.

Für seine exemplarische Tapferkeit im Kampf gegen die Faschisten wurde Harry Schmitt mit hohen Auszeichnungen geehrt - darunter dem Rotbanner-Kampforden, dem Orden Roter Stern und dem Orden Vaterländischer Krieg 1941-1945.

Nach dem Sieg über den Faschismus demobilisierte die Rote Armee den noch jungen, aber schon erfahrenen Gardeoffizier. Seine Partei, die KPD, schickte ihn im August 1945 zunächst zur politischen Arbeit in die amerikanische Besatzungszone, nach Bayern. Dort traf er seinen aus dem Zuchthaus befreiten Vater. In der Folgezeit war Harry an verantwortlicher Stelle im Parteivorstand der KPD in Frankfurt/Main und Düsseldorf tätig. Er wurde Mitglied der dreiköpfigen Parteikontrollkommission und später deren zeitweiliger Vorsitzender. Angesichts des vom Adenauer-Regime inszenierten Verbotverfahrens gegen die KPD nahm Harry auf zentraler Ebene und unter der persönlichen Leitung Max Reimanns an Vorbereitungen auf den illegalen Kampf der Partei teil. Nach dem berüchtigten Urteilspruch von Karlsruhe im August 1956 wurde gegen ihn ein Haftbefehl wegen „Staatsgefährdung“ erlassen. Auf Beschluß der Partei ging er in die DDR. Dort besuchte er als von der KPD delegierter Hörer die SED-Parteihochschule „Karl Marx“. Im nächsten Zeitabschnitt trug Harry die Verantwortung für zentrale illegale Apparate im Land. Anfang der 60er Jahre wurde er in das ZK der Partei kooptiert und zum Sekretär des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPD berufen.

Nach Konstituierung der DKP als legaler kommunistischer Partei war Harry Schmitt als leitender Mitarbeiter des PV tätig. Ende 1987 zwang ihn ein zweiter Herzinfarkt zum Rückzug aus dem aktiven Arbeitsleben. Die notorische „Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ der Sonderstaatsanwaltschaft Berlin 2 versuchte im Trüben zu fischen, als sie Harry Schmitt ein Verfahren wegen unterstellter „Agententätigkeit der DKP und SED zu Sabotagezwecken in der BRD“ anzuhängen trachtete. Der Vorgang mußte eingestellt werden.

Mit dem Entstehen von Grundorganisationen der Partei auch im Osten schloß sich Harry der DKP-Berlin an, wo er seine großen Kenntnisse und reichen Erfahrungen buchstäblich bis zur letzten Minute in das Kollektiv der Gruppe Nordost einbrachte. Der „RotFuchs“ wird ihn weiter als Ehrenredakteur in seinem Impressum führen.

Klaus Steiniger

Was steckt hinter der Lüge vom „Sozialstaat“?

Beute als Köder

Wenn jemand im Kapitalismus vom Sparen spricht und den Staatshaushalt von Schulden befreien will, gibt es genügend Grund, Mißtrauen anzumelden. Hat sich jemals eine bürgerliche Regierung ernsthaft Gedanken um die Staatsverschuldung gemacht? Getreu dem Motto „Nach uns die Sintflut“ werden Jahr für Jahr neue Verbindlichkeiten eingegangen, hemmungslos Zinsen über Zinsen an die Banken gezahlt. Ganze Heerscharen von Finanzbürokraten denken pausenlos darüber nach, wie man dem Volk noch mehr Geld aus der Tasche ziehen kann: Steuern, Gebühren, Kassenbeiträge, Rentenbeiträge, Arzneimittelzuzahlungen ... bis hin zum „Notopfer“. Und dann kommt urplötzlich ein Sparprogramm! Warum nur?

Wollte die Schröder-Regierung wirklich sparen, so wäre das überhaupt kein Problem: Bei der Rüstung, beim Wehretat, bei Subventionen für die Konzerne, bei der unglaublichen Bürokratie, bei der zweifelhaften Bereitstellung von „Fördermitteln“ zu Gunsten der Unternehmer und auf anderen Feldern ließen sich unschwer 150 bis 300 Milliarden DM entdecken. Und die Ausschaltung der Vergeudung von Steuergeldern im Zusammenhang mit Korruption und Fehlinvestitionen brächte weitere 60 bis 100 Milliarden DM in die Kassen. Das würde nur die Profiteure treffen. Aber da ein solches Programm weder gedacht noch debattiert wird, kann es der Regierung nicht ernst sein. Sparen dort, wo es möglich wäre, ist nicht Sache des kapitalistischen Staates.

Könnte Sparen vielleicht im Interesse der Banken liegen? Natürlich nicht. Es brächte keine neue Staatsverschuldung, also weniger Zinsen, weniger Profit. Nein, die Banken setzen nicht darauf, die Ausgaben zu verringern; je größer der Etat und je höher der Schuldenberg, desto besser. Das garantiert nicht nur märchenhafte Gewinne, sondern festigt auch die Macht der Banken; denn der Gläubiger bestimmt die Politik und nicht der Schuldner. Also, die Banken sind es auch nicht, die ein Sparpaket wollen.

Bleiben noch die Konzernherren der Autoindustrie, der Ölmultis, der Chemie Giganten und des weltumspannenden Großhandels. Liegt ihnen etwa daran, daß die Regierung spart? Keineswegs! Die Rüstung, mit der sie zusammenhängen - die Affäre „Leopard II“ verdeutlicht gerade, auf welchem Niveau sie in Deutschland bereits wieder operiert - darf nicht verringert werden, an den Subventionen soll niemand kratzen; Fördermittel für For-

schung, Straßen- und Autobahnbau sind Profitgarantien ersten Ranges. Also auch hier kein Interesse am Sparen.

Es geht gar nicht um Einsparungen, zu allerletzt im Staatshaushalt. Es handelt sich ausschließlich um den Generalangriff auf den Lebensstandard des Volkes. Ziel ist die umfassende Rücknahme all der Zugeständnisse, die Monopole und Banken der BRD, die deren Staat Arbeitern, Bauern, Rentnern und Arbeitslosen im Kalten Krieg, im Kampf gegen den Sozialismus gewährt hatten. Auch allzu viele Bürger der DDR sind auf sie hereingefallen.

Im Sommer 1990 stritten wir heftig über die uns bewegenden Ereignisse seit dem Herbst 1989. Ein Ingenieur - er erklärte sich als Sozialdemokrat - traf den Nagel auf den Kopf: „Das ist eigentlich ganz einfach: Die über den Zaun klettern und auch jene, die ‚Helmut‘ schreien, wollen eigentlich nur einen Anteil an der in anderen Ländern gemachten Beute!“ Wer aus dieser Sicht den Lauf der Dinge betrachtet, versteht die Angriffe auf den „Solidarbeitrag“ und den Länderfinanzausgleich. Sie ähneln sehr dem Raufen um die Beute. Daß „die Deutschen“ an dieses Diebesgut herankamen, gestatteten ihnen bis 1990 und zum Teil noch heute gewährte Zugeständnisse, von denen einige durch die Gewerkschaften tatsächlich erkämpft, andere aber zur „Ruhigstellung“ der westdeutschen Arbeiterklasse und zur Irritierung der DDR-Bevölkerung von der Bourgeoisie bewußt und gezielt eingesetzt wurden. Sie waren letztlich nicht für die Arbeiter gedacht, sondern gegen deren Klasseninteressen gerichtet, denn sie dienten als Waffe im Kampf gegen den Sozialismus. Diesen Zusammenhang zu durchschauen, fällt vielen sehr schwer. Sie träumen noch immer vom „Sozialstaat“. Diese materiell wirksam untersetzte Lüge hat sogar bei Kommunisten für Verwirrung gesorgt. 1994 rief z. B. die Münchener DKP anlässlich der Bundestagswahlen zur Verteidigung des „Sozialstaates“ auf - einer Form des imperialistischen deutschen Staates.

Aber jetzt erfolgen der Abbau der Löhne und Renten, die Einschränkung der Leistungen des Gesundheitswesens, die Beschneidung der Kultur, die Reduzierung der Versicherungs- und Arbeitslosenbeiträge der Unternehmer. Die Konzerne sind nicht länger bereit, Mittel, die im Kern dem Kalten Krieg dienten, abzuzweigen. In dieser Hinsicht wird jetzt abgerüstet: bestimmte Waffen, die im Kampf gegen den Sozialismus unverzichtbar waren, werden entsorgt. Das Volk soll die Zinsen für

Ob Kohl, ob Schröder, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital!

Aus: „Gießener Echo“

diese Investitionen zahlen.

Der Osten spielt dabei eine besondere Rolle. Er liefert seit Jahren den Beweis, daß man mit 80 Prozent der Löhne und mit „gebremsten“ Renten oder halber Sozialhilfe auskommen kann. Wenn die Akteure der „friedlichen Revolution“ von 1989 für ihren Beitrag zum Fall der Mauer aus Beton alle Unterstützung des Westens erhielten - 1999 applaudiert ihnen dort niemand, wenn sie den Fall der sozialen Mauer fordern. Diese wird gebraucht, um Ost und West gegeneinander auszuspielen, um den massierten Angriff auf die Lebensbedingungen auch in der alten BRD zu erproben.

Die ärgste Lüge ist der immer wieder vorgetäuschte Zweck des „Sparpakets“: die angebliche Schaffung von Arbeitsplätzen.

1. Die Industrie in Deutschland hat seit 1990 etwa 2 Millionen Arbeitsplätze bewußt vernichtet. Welchen Grund sollte sie haben, diese neu zu schaffen? Die These ist ohne Logik!

2. Kein einziger Konzern erweitert in Deutschland seine Produktion extensiv. Die zahlungsfähige Nachfrage ist gesichert, ein großer Krieg noch nicht in Sicht. Der nichtzahlungsfähige Bedarf von anderthalb Milliarden Menschen, die mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen müssen, kümmert die Bourgeoisie überhaupt nicht. Alles Geld fließt auf den Kapitalmarkt oder bestenfalls in die Rationalisierung, es dient immer nur der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Zwei neue Arbeitsplätze ergeben in der Regel drei beseitigte.

3. Die Drohung der Unternehmer, in andere Länder auszuweichen, ist keine leere Worthülse, da die Verwertungsbedingungen des Kapitals in anderen Ländern weit besser sind als in Deutschland.

4. Die Arbeitslosen werden gebraucht. Je größer ihre Zahl, um so stärker der Druck auf die Arbeiter, ihre Löhne und Gehälter, ihre Disziplin, ihre Arbeitszeit.

Der Inhalt des „Sparpakets“ ist nichts anderes als die Sicherstellung des wieder ungehemmt zu maximierenden Profits und der Rendite aus dem im Kalten Krieg „vorgeschossenen“ Kapital. Der Wohlstand in der BRD war nur geborgt. Jetzt muß zurückgezahlt werden. Und wenn eine sozialistische Partei - ob mitregierend oder oppositionell - sogenannten Sachzwängen folgend beim „Sparen“ hilft, dann macht sie sich zum Komplizen beim Angriff der Bourgeoisie auf die soziale Lage der Bevölkerung.

Norbert Pauligk

Warum bei uns die Heimatgeschichte „boomt“

Mackensen als Torgauer Idol

Heimatgeschichte „boomt“, wie man neudeutsch sagt. Seit 1989/90 ist ein sprunghaftes Anwachsen lokaler und regionaler Geschichtsdarstellungen zu registrieren. Vieles davon kann beunruhigen. Autoren und Kolporteurs haben oftmals die Ebene professionellen Nachgrabens verlassen. Was ich anfangs noch für vereinzelte Entgleisungen hielt, ist inzwischen Methode. Der Geschichtsrevisionismus beherrscht die Szene.

Doch zunächst zu der Frage, wie es zu einem solchen Boom gekommen ist. Angeblich geht es um die Auffüllung eines Vakuums aus jüngerer Vergangenheit. Das dürfte indes kaum der Fall sein. In der DDR wurde durchaus eine niveauvolle regionalgeschichtliche Arbeit geleistet. Jedenfalls kann ich das von Torgau, wo ich lebe, behaupten. Berechtigt wäre vielleicht der kritische Einwand, daß die heimatkundliche Forschung zu einseitig auf die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung oder die Rolle des jeweiligen Territoriums bei epocheprägenden Ereignissen konzentriert war. Dadurch trat eine gewisse Einengung des Blickfeldes ein.

Doch es geht den neuen „Heimatforschern“ gar nicht darum, dieses Defizit zu beheben, auch wenn einige Autoren in der Pose des „befreiten Denkers“ daherkommen, der endlich seinem Publikum mitteilen darf, was diesem zu DDR-Zeiten alles „vorenthalten“ wurde. So sind die Ursachen für den „Boom“ wohl tiefer auszuloten. Hier geht es um Grundsätzliches. Immer, wenn es mit dem Wertebewußtsein einer Gesellschaft hapert und die Menschen in Identitätskrisen geraten, sind gewisse Leute rasch zur Stelle, um die bestehende Leere mit „Rückbesinnung auf Verflonesenes“ auszufüllen. „Traditionspflege“ heißt die Flucht in die Vergangenheit. Da muß dann Heimat und Regionalgeschichte her. Entscheidend sind allerdings die Art der „Rückbesinnung“, ihre Themen und ihr Inhalt.

Bisherige Publikationen lassen mehrheitlich zwei Tendenzen erkennen. Eine harmlosere und eine alarmierende. Unter der harmloseren verstehe ich, daß Ereignissen, Problemen und Gegenständen besondere Aufmerksamkeit zuteil wird, die vordergründig fernab aller Politik liegen. Beiträge zu solchen Themen sind oft recht interessant, wobei sie nicht selten wertvolle Details vermitteln. Die-

se Tendenz fordert mich nicht zu prinzipieller Kritik heraus. Es geht um die andere, die ich alarmierend finde. „Aus der Geschichte unseres Torgauer Reiterregiments“, „Friedrich der Große und seine Beziehung zu Torgau“, „August von Mackensen“ lauten einige Titel. Im Stil sentimentaler Verklärung entstehen Zeitbilder mit konservativ-reaktionärem Gepräge.

Bleiben wir kurz bei dem fanatischen Militaristen Mackensen, der jetzt wieder propagiert wird: Im 1. Weltkrieg nannte man ihn den „Schlächter von Serbien“. Dann gehörte er zu den Erfindern der berühmten „Dolchstoß“-Legende („Im Felde unbesiegt“). Schon vor 1933 wurde er Parteigänger Hitlers. Nach dem Machtantritt der Faschisten gehörte der Generalfeldmarschall zu denen, die Reichswehr und Wehrmacht den Nazis auslieferten. „Im Namen des Volkes“ bekam er dafür ein Rittergut. Liest man nun Gedenkartikel über ihn, dann könnte einem dieser „hohe, aber bescheidene Mann“, der ohne entsprechende Ausbildung zum „Schlachtenlenker“ wurde, und doch „ein Sohn der Dübener Heide“ blieb, fast sympathisch erscheinen. Schlimm, daß unter seinem Namen und in seinem Geist einst in Torgau junge Menschen „erzogen“ worden sind. Noch schlimmer, daß man diesen Geist, der in der BRD stets lebendig war, jetzt auch bei uns wiederbelebt hat.

Unter Ausnutzung von Heimatverbundenheit wird auf das Denken und Fühlen der Menschen einer ganzen Region Einfluß genommen. Dabei muß man nicht nur Veröffentlichungen der charakterisierten Art im Auge behalten, sondern auch eine Vielzahl von Verbänden, besonders die überall wiedergegründeten Schützenvereine. Sie verstehen sich meist als Bewahrer der „Tradition“ ihrer finster reaktionären Vorgänger. Natürlich läuft das Ganze unter dem Deckmantel der „Belebung kultureller Aktivitäten“ und der „Pflege des Brauchtums“.

Warum aber werden autoritäre oder rechtskonservative Überlieferungen im heutigen Deutschland verklärt, wo man sich doch sonst - z. B. im Hinblick auf die DDR - so anti-nostalgisch gibt? Entspringt das Bad in „historischen Erinnerungen“ etwa einem mystischen Identitätsbedürfnis der „deutschen Seele“? Eines steht fest: Es handelt sich nicht um isolierte Fehlleistungen unsensibler Lo-

kal- und Heimatgeschichtler. Diese „Rolle rückwärts“ ist weitaus ernsterer Natur. Nationalismus und Chauvinismus beginnen oft mit der verfälschenden Idealisierung der „Heimat“ oder sogenannter Vorbilder. Ich sehe das alles im Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden Rechtsruck, dem Gerede von der „Besinnung auf Deutschlands weltweite Verantwortung“ und entsprechendem Gehabe im Innern.

Von den Verfassern „heimatkundlicher“ Machwerke wird betont, sie wollten der Jugend Wissen und Erfahrungen über die Vergangenheit vermitteln. Ihr Ziel ist es, das eine oder andere Material als Unterrichtsstoff in den Schulen unterzubringen. Dabei geben sie sich bewußt faktenbetont. Bei wahrheitsgetreuer Darstellung geht es jedoch nicht nur um die Richtigkeit von Tatsachen, es kommt auch darauf an, den Gegenstand in seiner gesellschaftlichen Komplexität zu erfassen. Der Rückzug darauf, alles Vergangene sei „mehrdeutig“, ist ebenso unzulässig wie der kritiklose Hinweis auf unterschiedliche Positionen professioneller Historiker. Doch Zeitgeist-Surfer sind am Werk. Sie wollen den Eindruck erzeugen, in der Geschichte gebe es keine verlässlichen Größen, an denen man sich in der Gegenwart orientieren könne; sie wollen weismachen, alles müsse nach aktuellen Erfordernissen neu bestimmt werden. Und was die Berufshistoriker betrifft, so ist ja nicht unbekannt, daß etliche von ihnen unter der Flagge „unbeeindruckt von Tabus und Denkverboten“ vorzugehen, eifrig an restaurativen, reaktionären Geschichtsbildern stricken. Man kann sich seine Geschichte nicht aussuchen, wohl aber die Tradition, in die man sich stellen will. Das gilt auch für die Heimatgeschichte.

Dieter Itzerott

Der Marx-Engels-Club lädt ein

**1. Dezember 1999, 19.00 Uhr
Iran - Gestern und Heute**

Vortrag eines Genossen der Tudeh Partei mit Dias und Videoausschnitten.

Anschließend Diskussion.

Die iranischen Genossen bieten einen Imbiß an!

Konferenzraum im Haus
Franz-Mehring-Platz 1

Reporterskizzen (18)

Vier Koffer mit Uhren

Mit Portela verbinde ich so manche Erlebnisse. Auf dem kleinen Lissaboner Stadtflughafen war ich Anfang Mai 1974 - nur wenige Tage nach dem antifaschistischen Befreiungsaufstand - ohne Visum gelandet. Ein junger Major hatte dafür gesorgt, daß ich dennoch meinen Einreisestempel erhielt. Dem war ein Telefonat aus der Pariser Emigrationszentrale der PCP vorausgegangen, das ZK-Mitglied Pires Jorge mit einem Kontaktmann in Portela geführt hatte.

Später fuhr ich unzählige Male auf den Flughafen, um Genossen abzuholen oder zu verabschieden. In der Zeit der Revolution besaß ich sogar einen speziellen Ausweis, der mir das Betreten der Sonderzone (sie umfaßte sämtliche Airport-Gebäude außer dem Flugsicherungsbereich) gestattete. Einige Begegnungen in Portela stehen mir noch heute vor Augen.

In den ersten Tagen meines Lissaboner Aufenthalts begab ich mich in jenes gerade von den Faschisten geräumte Sturmlokal der Portugiesischen Legion in der Avenida Antonio Serpa, das nun - polizeibewacht - der erste legale Sitz des ZK der PCP war. Bei Maria Teixeira, die fließend englisch sprach, erkundigte ich mich, ob jemand nach Portela mitkommen könne, um den am nächsten Morgen erwarteten Sonderemissär der SED-Zentrale, „horizont“-Chefredakteur Ernst-Otto Schwabe, in Empfang zu nehmen. „Wir machen das“, sicherte mir Maria zu. „Sei um neun Uhr hier, dann stelle ich Dir Deinen Begleiter vor“. Zur verabredeten Stunde traf ich auf ZK-Sekretär Octávio Pato, der damals als Stellvertreter Álvaro Cunhals galt. „Der Genosse fährt mit raus“, sagte Maria knapp. Vor der Tür parkte ein kleiner Renault. Pato setzte sich ans Steuer. Unser Gespräch im Auto und dann auf dem Flughafen, wo der antifaschistische Veteran (der Bruder eines von der PIDE ermordeten Widerstandskämpfers hatte selbst neun Jahre in Salazars Gefängnissen zugebracht) durch die diensttuenden Militärs achtungsvoll gegrüßt wurde, erfolgte in Form von Gesten. Ich kannte damals kaum ein portugiesisches Wort und Octávio Pato verstand die Sprachen, in denen ich mich zurechtgefunden hätte, leider nicht. So schauten wir uns freundlich in die Augen und lächelten. Es war ein Dialog ohne Worte. Die Solidarität der Stummen. Da Ernst-Otto Schwabes Air France-Maschine in Paris mit einer Stunde Verspätung gestartet war, wurde unsere Ausdauer im schweigenden „Gespräch“ arg auf die Probe gestellt. Wir haben uns Jahre danach - inzwischen war ich des Portugiesischen mächtig - gelegentlich an diese Szene erinnert. Als uns Anfang 1999 die Nachricht vom Tode Octávio Patos erreichte, konnte

ich mich auch an manch anderes Erlebnis mit diesem beispielhaften Kommunisten erinnern.

Im Sommer 1974 erwartete ich in Portela einen FDGB-Sekretär aus Berlin. Diesmal war José Vitoriano, Mitglied der Politischen Kommission und Gewerkschaftsverantwortlicher der PCP-Führung, mitgefahren. 17 Jahre faschistische Haft lagen hinter dem schwächlichen, unscheinbaren Mann. Bei der Begrüßung sagte der für seine Bescheidenheit bekannte Vitoriano nur, er sei „von der Portugiesischen Kommunistischen Partei“. Der Gast aus Berlin trug vielfach geübte „Freude über den kollegialen Empfang“ zur Schau. Dennoch schien dem hierarchisch und protokollbewußt ausgerichteten Mann des Apparats irgendetwas nicht zu behagen. „Die Ebene hat vielleicht nicht ganz gestimmt“, deutete er, der offenbar mit PCP-Generalsekretär Álvaro Cunhal gerechnet hatte, bald seine milde Enttäuschung an. „Da magst Du durchaus recht haben, Genosse“, gab ich zurück. „Die Ebene hat in der Tat nicht gestimmt. Du bist zu hoch bedient worden.“

Anfangsschwierigkeiten gab es mit einem karrierebeflissenen jungen Dolmetscher, der später an der Gewi-Akademie beim ZK der SED über die Politik der PCP promovierte und es bis zum Geschäftsträger der DDR-Botschaften in Lissabon und Luanda brachte. Manfred Bleskin, heute Nachrichtenchef bei NTV, war mit einem in Spanien als Touristen-Souvenir erworbenen Toledo-Säbel eingereist. Seine Abfertigung in Portela verzögerte sich dadurch, daß ihm das teure Stück von der Besatzung der Iberia-Maschine beim Anbordgehen in Madrid abgenommen worden war. So dauerte es, bis er die Kitschwaife zurückbekam.

Nach dem Sieg der Konterrevolution verschärfte man auch in Portela das Regime. Doch in Südeuropa wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht ist. Als ich im August 1978 den Urlaub in der DDR verbrachte, erkundigte ich mich nach dem Warensortiment, das beim bevorstehenden Pressefest der portugiesischen KP-Zeitung „Avante!“ angeboten werden sollte. Ich erfuhr, daß wieder für einen attraktiven Stand des ND gesorgt sei. Mit einer Ausnahme: Berlin hatte diesmal aus Kostengründen auf die Renner unter den DDR-Produkten verzichtet: die preiswerten runden Taschenuhren und die nicht minder begehrten Summatic-Miniwecker. Portugal hatte die Einfuhrzölle für Feinmechanik über Nacht um 100 Prozent heraufgesetzt. „Kein Problem, packt mir alles ein - als Repräsentationsartikel des Lissaboner ND-Büros“, bat ich. Ich fand

Verbündete beim Verlag - Mitarbeiter, denen nicht gleich das Herz in die Hose sackte, wenn irgendein Risiko zu bestehen war. Am Tag des Abflugs wurden vier große Vulkanfaserkoffer mit etlichen hundert Uhren und Weckern, dazu 300 von Prof. Werner Klemke entworfene ND-Seidentücher, nach Schönefeld gebracht.

In Portela lud ich dann insgesamt sieben Gepäckstücke auf den Flughafenkarren. Wir waren nur vier Leute, darunter zwei Kinder. Ob das wohl gut gehen würde? Mißtrauisch blickte ich auf die beiden Schalter: Grün - nichts zu deklarieren, Rot - zollpflichtige Ware in der Baggage. Ich begab mich instinktiv in die grüne Ecke und erklärte dem Beamten, ich hätte ein Problem. „Wir kommen aus Deutschland, aus den Ferien, und ich möchte die Zollgesetze Ihrer Republik ausnahmsweise einmal strapazieren“, sagte ich direkt. „Warum?“, fragte er verblüfft. „Portugal ist ein herrliches Land und es gefällt uns hier sehr gut. Bis auf die Wurst. Deshalb haben wir uns etwas von daheim mitgebracht, obwohl die Einfuhr von Fleischwaren nach Ihren Gesetzen strikt verboten ist. Machen Sie eine Ausnahme oder muß ich jetzt an den roten Schalter?“ „Wieviel haben Sie denn dabei?“ „Etwa fünf Kilo. Wären Sie nicht im Dienst, würde ich Sie gerne ein Stück probieren lassen“. „Nein, nein“, entschied der Beamte entgegenkommend. „Das ist ein klarer Fall. Bitte gehen Sie doch bei mir durch“. Und er schob meinen Karren eigenhändig über die grüne Linie.

„Camaradas, relógios redondos da RDA“, rief ich tags darauf beim „Avante“-Fest: „Genossen, die berühmten Taschenuhren aus der DDR sind wieder da! Stellt euch bitte der Reihe nach an!“ Für die besondere Anziehungskraft unseres Standes war auch diesmal gesorgt.

Auch anderes trug sich in Portela zu. Eines Tages wurde mir dort ein Umschlag mit U.S.-Reiseschecks im Wert von 1 600 Dollar durch einen Taschendieb entwendet. Ich ließ die Nummern sofort telefonisch sperren und meldete den Vorfall überdies der Flughafenpolizei. Auf dem Airport operierten internationale Banden, sagte der Beamte und zeigte mir einen Sack mit weggeworfenen leeren Brieftaschen. „Machen Sie sich keine Hoffnung“. Doch ein Wunder geschah: Nach sechs Wochen schickte uns die First National City Bank aus New York die Kopien der bei vier Madrider Banken mit meiner gefälschten Signatur eingelösten Schecks. Ich wurde um rasche Übermittlung einer eidesstattlichen Versicherung gebeten, daß ich die zweite Unterschrift nicht geleistet hätte. Beim Staatlichen Notariat der DDR kostete mich das fünf Mark. Bald darauf wurde dem ND der gestohlene Betrag gutgeschrieben - dazu noch 80 Dollar für die Beglaubigung. Die gängige amerikanische Gebühr. „Kein schlechtes Geschäft“, bestätigte mir Hauptbuchhalter Franz Spielmann. **Klaus Steiniger**

Am Rande bemerkt

□ Am 11. November gedenken wir des 30. Todestages von **Jan Petersen**. Vor mir liegen zwei Ausgaben seines wichtigsten Werkes: „Unsere Straße“, eine erschienene in der „Bibliothek fortschrittlicher deutscher Schriftsteller“ (Volk und Wissen, Berlin 1950) und eine in der Reihe „Deutsche Volksbibliothek“ bei Aufbau (1963). W. Neubert schrieb im ND vom 3. 7. 1976: „Am 2. Juli wäre Jan Petersen siebzig Jahre alt geworden. Der zu frühe Abschied von dem unerschrockenen Kämpfer gegen den Hitler-Faschismus und für eine neue Welt der befreiten Arbeit fiel in die späten Herbstwochen jenes Jahres, da unsere Republik zwei Jahrzehnte alt war. In der Zeit der schlimmsten Dunkelheit hatte er in seinen Büchern gezeigt, daß die Flamme des Widerstandes nicht erloschen war. Wie viele Arten von Heldentum es im gerechten Kampf der Menschheit gegen ihre Unterdrücker und Peiniger auch immer geben mag, der Kommunist Jan Petersen fügte dieser endlosen Reihe ein neues Beispiel hinzu: Mitten im Herzen des faschistischen Deutschlands schrieb er 1933/1934 die Chronik einer Berliner Arbeiterstraße, das Buch ‚Unsere Straße‘. Man versteht diesen Buchtitel erst richtig, wenn man das erste (besitzanzeigende) Wort sehr klar betont, denn gerade dies ist der kämpferische Gestus jeder Seite eines Werkes, das bald in vielen Sprachen erschien und dem antifaschistischen Deutschland neue Mitkämpfer und Verbündete warb.“ Und Stephan Hermlin sagt in seinem Nachwort zu „Unsere Straße“: „Wäre der Roman ‚Unsere Straße‘ nicht mehr, so wäre er immerhin das einzige antifaschistische Buch, das einzige Dokument vom illegalen Kampf, das in Hitlerdeutschland selbst geschrieben wurde. ... Wir haben es hier unzweifelhaft mit einem authentischen Werk des deutschen Widerstandes zu tun.“ Und Hermlin betont „die Tatsache, daß ‚Unsere Straße‘ unwiderlegbar nachweist, wer Widerstand leistete, Widerstand vom ersten Tage an, wer bemüht war, die große Einheit herzustellen, und darum auf die Straße und ins Gefängnis ging. ... Jan Petersens Roman ist, im Stakkato seiner Sätze, im keuchenden Atem seiner Erzählung, der große Bericht von den Gejagten, die nicht entkommen, sondern dem Jäger an die Kehle wollten.“

□ **Horst Bastian** wurde vor 60 Jahren (am 5. 12. 1939) geboren (und verstarb am 13. 4. 1986). Wer neugierig ist auf literarisch überzeugend und mitreißend verpackte DDR-Geschichte, der sollte noch einmal (oder erstmals) zu „Gewalt und Zärtlich-

keit“ (5 Bände, Verlag Neues Leben) greifen. Gäbe es die DEFA oder das DDR-Fernsehen noch, sie hätten mit diesem zu Recht populär gewordenen Werk übergenue Stoff für einen herrlichen Film!

□ Ich habe mich gefreut, im letzten RotFuchs ein Foto von **Wladimir Gall** zu sehen. Genosse Gall ist manchem Leser vielleicht noch bekannt seit seinem 1988 im Militärverlag der DDR erschienenen Buch „Mein Weg nach Halle“. Von dieser Stadt träumte Wolodja wie von einer exotischen Insel. Der kleine Trompeter – Held der Jungpionierzeit – stammte von dort, und dort war der legendäre Rote Frontkämpferbund (RFB) gegründet worden. Der Kindertraum sollte in Erfüllung gehen. Völlig anders freilich als erträumt. Der Hauptmann der Roten Armee, der im Juni 1945 Halles Pflaster betritt, hat vier bittere Kriegsjahre hinter sich: Flaksoldat bei der Verteidigung Moskaus; aufopferungsvolle Tätigkeit in der 7. Abteilung, an der vordersten Front; verzweifertes Ringen um Einsicht und Überleben von Wehrmachtangehörigen; den gefährlichen Parlamentsgang in die Zitadelle Spandau ...

Für ihn und manchen seiner Genossen ist die ersehnte Heimkehr noch nicht möglich. Man muß den deutschen Patrioten behilflich sein, mit unheilvollen faschistischen Hinterlassenschaften fertig zu werden. Gall wird Leiter der Kulturabteilung der Sowjetischen Militäradministration im damaligen Sachsen-Anhalt. Ab 1948 ist er an der Zentralen Antifaschule Krasnogorsk tätig. Dort werden politisch aufgeschlossene deutsche Kriegsgefangene zu Kadern für den Neuaufbau ihrer Heimat ausgebildet. Als Kriegskamerad von Konrad Wolf war Gall Augenzeuge und Vorbild vieler Episoden, die in dem auch heute noch vielgesehenen Film „Ich war neunzehn“ verarbeitet sind.

Den langen, schweren Weg des Autors nach Halle kann man als Sinnbild nehmen für den langen, schwierigen Prozeß, in dem sich die deutsch-sowjetische Freundschaft ausprägte. Der RotFuchs sieht sich in dieser Tradition und sendet unserem neuen Leser brüderliche Grüße.

□ Nachdem seit dem letzten RotFuchs-Rätsel schon einige Zeit vergangen ist, hier unsere neueste „harte Nuß“ für alle belesenen Leser, mitdenkenden Denker und aktiven Aktivisten: **Wer hat das Folgende wann, wo und anläßlich welcher Gelegenheit geäußert, und wer ist der im Zitat erwähnte Verfasser?** (Unter den Einsendern von richtigen Antworten auf alle fünf Fragen werden Buchpreise ausgelost. Einsendeschluß ist der 5. 12. 1999)

„Es ist also [...] kein Wort geändert, von dem ich nicht bestimmt weiß, daß der Verfasser selbst es geändert hätte. Es konnte mir nicht in den Sinn kommen, den landläufigen Jargon einzuführen, in welchem deutsche Ökonomen sich auszudrücken pflegen, jenes Kauderwelsch, worin z. B. derjenige, der sich für bare Zahlung von andern ihre Arbeit geben läßt, der Arbeit geber heißt, und Arbeit nehmer derjenige, dessen Arbeit ihm für Lohn abgenommen wird. Auch im Französischen wird travail im gewöhnlichen Leben im Sinn von ‚Beschäftigung‘ gebraucht. Mit Recht aber würden die Franzosen den Ökonomen für verrückt halten, der den Kapitalisten donneur de travail, und den Arbeiter receveur de travail nennen wollte.“

BÜCHER-SUCHDIENST:

Falls der eine oder andere Leser ein vergriffenes Buch sucht, bitte an die Redaktion wenden – nach Möglichkeit helfen wir (gegen etwas Futter für den RotFuchs) bei der Beschaffung.

W. M.

RAFAEL ALBERTI,

der am 16. Dezember 1902 im spanischen Puerto de Santa Maria geborene Schriftsteller, ist am 28. Oktober gestorben.

Er hatte zuerst Malerei studiert, wandte sich dann jedoch der Literatur zu. Sein erster Gedichtband, „Seemann an Land“, der mit dem Großen Nationalpreis für Literatur ausgezeichnet wurde, erschien 1924 und machte ihn sofort in Spanien berühmt. Weitere Gedichtbände, darunter „Kalk und Gesang“, „Von den Engeln“ und „Sermonen und Hausungen“, folgten. Ab 1930 widmete sich Alberti dem Theater. Am spanischen Freiheitskampf nahm er aktiv als Flieger der Volksarmee teil und verfaßte Stücke und Lieder für die Kämpfer. Nach der Niederlage emigrierte er nach Argentinien, wo er u. a. die Gedichtbände „Gezeiten“ und „An die Malerei“ und die Dramen „Blühender Klee“, „Die Anmutige“ und „Kriegsnacht im Pradomuseum“ herausgab. In der DDR erschienen von ihm u. a.: „Stimme aus Nesselerde und Gesang“ (1959), das „Poesiealbum“ Nr. 104 (1976), „An die Malerei“ (1977) und die Erinnerungen „Der verlorene Hain“ (1979). Alberti gehörte zu den großen Dichtern der modernen spanischen Literatur. Sein Werk zählt zu den bedeutendsten Manifestationen fortschrittlichen spanischen Geistes. Wir verneigen uns vor dem Toten, der in seinem Werk und in unseren Gedanken und Träumen weiterlebt, und ehren ihn durch

die Veröffentlichung seines Gedichts:

Hans Beimler, der Kommunist, der Verteidiger Madrids

Rotfront! rief des Helden Stimme,
als zu Boden sank Hans Beimler.
Alle hörten es: die Spanier,
und es hörten seine Deutschen
und Franzosen, Italiener,
ganz Madrid, die Lüfte hörten,
zitternd hörte es die Kugel,
ausgeschickt, um ihn zu töten.
Rotfront!, und auf spanischer Erde
fiel er, aus der Schar Getreuer,
der von fernher war gekommen,
seines Blutes Saat zu säen.
Rotfront! Diesen Ruf vernehme
auch das Land der Kerker, Deutschland,
Land der Kerker und der Henker,
die das scharfe Beil erheben
und auf Nacken sausen lassen,
die vor ihnen sich nie beugten.
Rotfront! Dieser Ruf wird tönen,
pfeifen, krachen wie die Kugel
über Meer und Land und Himmel
und Gestirne, allenthalben,
hoch in schwindelnden Bezirken
ruft es *Rotfront!*, bis es haftet
tief im Innersten der Herzen,
daß sie's wollen, daß sie's lieben,
daß sie's rufen, schreien: *Rotfront!*,
wie Hans Beimler immer rief.
Und Madrid, des Rufs gedenkend,
wird es schreien, bis der Gewehre
Münder heiß und trocken werden
von den vielen *Rotfront*-Rufen.
Rotfront! schrillt der Pfiff des Zuges, der
durch Spanien fährt, durch Felder, Dörfer,
die in Trauer grüßen,
Dörfer, Städte – Städte, Dörfer,
im Gepränge seiner Gärten,
Fahnen und Orangenhaine,
und Valencia grüßt den Toten,
grüßt Hans Beimler, ruft *Rotfront!*
Kataloniens Auen grüßen,
Meer und Trauben und Oliven,
Barcelonas Ramblas rufen
Rotfront! angesichts des Toten.
O Paris! Mit Kampfgesängen
trägt dein Arbeitsvolk Hans Beimler
auf den Schultern zu den Schiffen,
die auf hohe See ihn führen,
nicht will seine deutsche Heimat
freien Weg dem Toten geben.
Rotfront! Rotfront!, und durch Moskau
übern Roten Platz geleiten
lange Trauerzüge, Massen
und Gesänge ihn zu Grabe.
Rotfront! An der Seite Lenins
soll er ruhen in der Stille.

Rafael Alberti

□ Aus dem Spanischen übertragen von
Horst Lothar Teweleit; in „No pasarán!
Romanzen aus dem Spanienkrieg“, Rütten
& Loening, Berlin 1986

Briefe an „RotFuchs“



Liebe „RotFüchse“, anbei wieder eine Un-
terstützung. Haltet bloß weiter unbeirrt
Euren Kurs!

Annelie Thorndike/Klaus Rößler, See-
bad Heringsdorf

Mein Parteivorsitzender hat offensichtlich
Bauchschmerzen mit der Umgestaltung der
PDS zur „besseren Sozialdemokratie“. Auf
die Frage, ob es nützlich gewesen sei, „die
Nachfolgepartei der SED zu sein ...“, ant-
wortete er am 27.10.99 in einem ND-
Interview: „Das hat im Osten positive Fol-
gen gehabt, weil wir die vielen, die sich aus
Überzeugung zur SED bekannten, binden
konnten. Aber diese Entwicklung hängt
uns natürlich heute auch wie ein Klotz am
Bein.“

Ich war mit meiner bisherigen Mitglied-
schaft in der PDS als Kassierer der BO und
Zeitungsverteiler also offenbar nur ein nüt-
zlicher Idiot, der mit seiner kommunisti-
schen Weltanschauung zum „Klotz am
Bein“ der PDS geworden ist. Ich bin aus-
getreten. Wie denken wohl andere „alte“
Genossen darüber? Für meinen Teil bleibe
ich nunmehr beim „RotFuchs“. Basta!
Günter Buschow, Schwerin

Der viel zu jung verstorbene Schriftsteller
Wolfgang Borchert (1921 bis 1947) hat
neben seinem bekannten „Draußen vor der
Tür“ Gedichte, Prosa hinterlassen - ein
Wunsch, wie ein Aufschrei in der End- und
Nachkriegszeit, ist in meiner Erinnerung:
„Ich möchte Leuchtturm sein für jedes
Schiff in Not!“

Wir leben seit 10 Jahren in stürmischen
Zeiten. Euer „RotFuchs“ ist ein Leucht-
turm. (...)

Mit solidarischen Grüßen
Margit Schaumäker Brückner, Berlin

Für mich ist der „RotFuchs“ eine interes-
sante und wichtige Lektüre, er gibt mir
gute Argumente für viele Gespräche, die
ich mit Freunden und Bekannten führe. Mit
allen Beiträgen stimme ich überein. Ich
wünsche Eurer Gruppe weiterhin erfolg-
reiches Schaffen. Anbei etwas für Eure
Kosten.

Johannes Chemnitzer, Lichtenberg

„Schöne Feiertage, 's ist ja bald Weihnach-
ten ...“, sagen uns die Genossen bei der

Verabschiedung in der JVA Hakenfelde,
als wir unseren Knastbesuch beenden müs-
sen.

Ja, es ist bald Weihnachten, und ich weiß
nicht, was ich darauf antworten soll. Ich
kann ja nach Hause gehen, mich auf das
Fest mit der Familie vorbereiten, doch in
Gedanken bin ich bei den Genossen, die
das nicht können.

Was sind all' unsere Probleme, die sich
durch die Annexion der DDR vervielfacht
haben, die wir aber mit Hilfe anderer gleich-
gesinnter oder uns nahestehender Men-
schen irgendwie bewältigen können?!

Mein 12jähriges Enkelkind reißt mich aus
dem Grübeln heraus. Sie will wissen, wie
unser Besuch im Gefängnis verlaufen ist,
wie es den Männern geht, die in Haft sind.
Ich spreche mit ihr über Solidarität und
über Weihnachten. Darüber, daß man in
einer solchen Zeit niemanden, der zu uns
gehört, allein lassen darf ...

Ich bin mir sicher: Die „RotFuchs“-Leser
werden ihre solidarischen Grüße an unsere
politischen Gefangenen bestimmt nicht
vergessen. Keiner darf leer ausgehen.

Monika Kauf, Berlin

Vielen Dank für die Zusendung der roten
Füchse. Sie sind bei mir in guter Gesell-
schaft; ich freue mich immer auf die inter-
essanten Beiträge.

Ein paar ergänzende Bemerkungen zu Rolf
Vellays Artikel „Sprache und Klassen-
kampf“. Es war notwendig, endlich einmal
die Begriffe „Wende“ und „ehemalige
DDR“ als fehlerhaft zu entlarven. Schon
Platon sagt im Dialog Phaidon: „Ein fal-
scher Ausdruck ist nicht nur ein Fehlgriff,
er stiftet auch Verwirrung in unserem Den-
ken.“ Daß Euphemismen wie „friedens-
schaffende Einsätze“ für Kriege oder „fried-
liche Revolution“ (schon ein Widerspruch
in sich) propagandistischen Zwecken die-
nen, ist klar. Aber daß in der BRD (und hier
wäre der Begriff „ehemalige“ und „heuti-
ge“ angebracht) noch immer die NS-Beg-
riffe „Drittes Reich“, „Reichskristallnacht“
und „Nationalsozialismus“ unkritisch ver-
wendet werden und in unseren Schulen als
seriös gelten, ist eine Tatsache, die drin-
gend ins Bewußtsein gerufen werden muß.
War in der DDR zutreffend von „Faschis-
mus“ die Rede, wird in der BRD stets der
NS-Begriff „Nationalsozialismus“ ge-
braucht. Nur so konnte und kann man
Sozialismus mit Faschismus in Verbindung
bringen und schließlich Braun und Rot
gleichsetzen. (...)

Daß der heute wichtigste Kampfbegriff der
Rechten, der „Stalinismus“, eine apoliti-
sche Konstruktion ist, sei nur am Rande
vermerkt. Und wozu dient der inzwischen
allenthalben verwendete Begriff „politische
Klasse“? Er dient in erster Linie dazu, den
Klassenbegriff und das Klassenbewußtsein

zu eliminieren und zu negieren bzw. zu ersetzen. (...)

Welcher Gegenbegriff entspräche wohl dem der „politischen Klasse“? Etwa der einer unpolitischen Masse? Genau dazu will die herrschende Klasse die Menschen im neuen „Großdeutschland“ machen.

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Herzlichen Dank für RF Nr. 21. Von den vielen Lesern habe ich nur Lob gehört.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

(...) Klaus, Du schreibst in dem Beitrag „Produktiver Meinungsstreit“: „Ich freue mich, daß Willi und Robert in zwei ideologischen Kernfragen Positionen einnehmen, die von den Genossen der Gruppe Nordost und der „RotFuchs“-Redaktion voll geteilt werden.“ Natürlich kann ich nicht für Willi sprechen, aber für mich möchte ich betonen, daß diese Aussage nicht richtig ist. Insbesondere hinsichtlich der Bewertung der DDR ist meine Position anders als Deine, indem ich ihre unauslöschliche Bedeutung in und für die deutsche Geschichte mit den Faktoren verbunden sehe, die zu ihrem Untergang geführt haben, und das waren nicht nur äußere Faktoren. Du erwähnst das zwar an anderer Stelle (gegen Ende Deines Beitrags) und bestreitest die von mir benannte Dialektik beider Aspekte des Problems.

Da ist das Beispiel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Im Unterschied zu manchen, denen dazu heute nur Kritisches einfällt, erinnere ich mich der Tage, da dieser Politikwechsel nötig wurde. Das war mit dem Übergang zur sog. Entspannungspolitik, der damit verbundenen Öffnung der Grenze für Westbesucher verbunden. Die damalige, von Honecker eingeleitete Abkehr von Ulbrichts Orientierung auf die wissenschaftlich-technische Revolution - sie war äußerst kostspielig und verschlang Mittel, die für wichtige innen- und sozialpolitische Maßnahmen fehlten - wurde zugunsten der neuen Orientierung aufgegeben. (...) Gut, der Wechsel war nötig, die DDR mußte zugunsten des dringenden Bedarfs des Volkes auf WTR-Aktivitäten verzichten. Und sie hatte mit dem Wohnungsbau usw. ja Erfolg. Zugleich aber fehlten nun Akkumulationsmittel für Bereiche, die von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen waren. Die Folgen sind bekannt. Da haben wir ein Beispiel für die von Dir negierte Dialektik (denn das war ein innerlich miteinander verbundener Vorgang) von Erfolg und gleichzeitigem „Beitrag“ für das - gelinde gesagt - Zurückbleiben.

Beispiel Nr. 2: Mauerbau. M.E. nötig, und

darum habe ich die Mauer stets verteidigt, mit allen drin steckenden Konsequenzen, mit allen! Ohne die Mauer wären jene Jahre nicht möglich gewesen, die es der DDR erlaubten, endlich auf der Grundlage ihrer eigenen ökonomischen Gesetze Entwicklungsprozesse voranzubringen - es waren dies die besten Jahre der DDR. Doch wer wollte bestreiten, daß diese Erfolge zugleich in der Bevölkerung erhebliche negative Auswirkungen hatten, die auch einen Teil zu dem beitrugen, das uns 1989 (ich sage „uns“, die DDR war auch unser Staat) betraf? Auch das ein innerlich miteinander verknüpfter Prozeß.

Drittes Beispiel: Ja, für mich war die DDR der bisherige Höhepunkt deutscher Geschichte. Ist es richtig zu erwähnen - ich tue es bisweilen -, daß dem der Sieg der Sowjetarmee zugrunde lag, daß er das Tor aufstieß, durch das hindurch man schreiten und später zum Aufbau des Sozialismus übergehen konnte? Klar, das wissen wir beide. Und darin - nicht nur darin - wurzelte doch unsere unverbrüchliche Treue zur SU. (...) Aber diese unvermeidliche, diese nötige Bindung an die SU, diese Garantie für die Erfolge der DDR, war sie nicht auch eine Last (was man alles erklären kann, was aber an der Tatsache nichts ändert), so sehr, daß schließlich die von dort ausgehenden negativen Wirkungen sich zum Hauptfaktor unserer Niederlage auswirkten?

Ich könnte noch mehr solcher Beispiele der von mir angesprochenen Dialektik anführen. Das Problem aber ist: Wenn wir betonen - und dazu bin ich mit Euch bereit -, daß die DDR die höchste Errungenschaft in der deutschen Geschichte im allgemeinen, der deutschen Arbeiterbewegung im besonderen war, so muß ich (muß ich!) den dazugehörigen dialektischen Aspekt auch benennen, sonst sage ich nur die Halbwahrheit. (...)

Dr. Robert Steigerwald, Eschborn

Kurzantwort von Klaus Steiniger

1. Ich leugne nicht, daß es eine Dialektik zwischen Erfolgen der DDR auf den einen und Zurückbleiben der DDR auf anderen Gebieten gegeben hat. Ich bestreite aber, daß eine Dialektik zwischen der Tatsache, daß die DDR die größte Errungenschaft in der deutschen Geschichte war, und dem Kollaps von 1989/90 bestanden hat; daß also die Niederlage gewissermaßen systemimmanent war.

2. Ich habe gesagt, daß Willi und Robert in zwei Fragen mit uns übereinstimmen: In der Bewertung der Ereignisse von 1989/90 als Konterrevolution und in der Anerkennung der DDR als höchste Errungenschaft. Stimmt das nicht - auch wenn Robert die „Dialektik von Erfolg und Niederlage“ hinzufügt?

3. Den Bemerkungen über die herausragende Rolle der UdSSR in guten wie in schlechten Zeiten stimme ich zu. Ich freue mich, daß Robert - in voller Übereinstimmung mit uns - die vom Verfall der KPdSU und der Sowjetunion „ausgehenden negativen Wirkungen“ als „Hauptfaktor unserer Niederlage“ betrachtet.

Ich bedanke mich herzlichst für die Übersendung der beiden „RotFuchs“-CD Rom. Das ist für uns in Rostock eine große Arbeitserleichterung. Wir halten den „RotFuchs“ für die beste marxistisch-leninistische Zeitung. Sie geht hier von Hand zu Hand.

Anbei eine Spende von 50 Mark.

Gerhard Griese, Rostock

Daß sich Willi Gerns und Robert Steigerwald veranlaßt sahen, ihre Positionen im „RotFuchs“ zu vertreten und Klaus Steiniger in „zwei ideologischen Kernfragen“ zustimmten, halte ich für einen Erfolg eben des RF im Bemühen um ein „möglichst großes Maß an Klarheit“ in der DKP. Jedoch die verklausulierte Art und Weise wie sie insgesamt im Kontext dazu wieder ihre Positionen zu verteidigen und zu rechtfertigen versuchen, zeigt an, wie tief die Meinungsverschiedenheiten auch nach 10 Jahren noch sind. Anders vermag ich es nicht zu sehen.

Insofern ist es vollauf berechtigt, wenn Klaus seine Argumentation zur Sache „uneingeschränkt“ aufrechterhält, weil sie wissenschaftlich exakte marxistisch-leninistische Grundaussagen zum Ausdruck bringt, wobei es um mehr geht als nur um die Haltung zur DDR. Leider kann das von Willi Gerns und Robert Steigerwald nicht so gesagt werden. Sie üben aber als namhafte Theoretiker der DKP und Hauptinspiratoren von „Sozialismus-Papieren“ und Grundaussagen des Parteivorstandes der DKP einen maßgebenden Einfluß auf die PV-Mehrheit und die Partei aus, wobei die UZ stets zur Verfügung stand und steht.

Nüchtern betrachtet: Was die Perspektiven für die Schaffung einer einheitlichen gesamtdeutschen KP auf marxistisch-leninistischer Grundlage betrifft (...), so sind wir noch weit davon entfernt. (...) Möge das an Zahl zunehmende positive Echo zum ideologischen, theoretischen und politischen Wirken des „RotFuchs“ dem Gebot wissenschaftlicher Vernunft und Erkenntnis folgend dazu beitragen, daß sich sehr bald alle Verantwortlichen für den Kurs der Partei vorbehaltlos dem Ernst der Lage stellen und daraus allseitig die unausweichlichen Konsequenzen ziehen. Vielleicht war die ausgezeichnete Nr. 21 des RF ein Anstoß dazu.

Willi Belz, Kassel

Besten Dank für die prompte Lieferung der „RotFuchse“. Hier in Nürnberg spricht man - teils hinter vorgehaltener Hand - über die „subversiven“ Kleinzeitungen aus Berlin. Ich bin der Meinung, daß wir dringend inhaltliche Diskussionen darüber brauchen, wie eine sozialistische oder sogar kommunistische Partei beschaffen sein und arbeiten sollte. Wenn wir jetzt - nach dem Jahr 1989 und nach der Wiederbeteiligung Deutschlands an einem Angriffskrieg - nicht Grundlegendes diskutieren und zu einem Ergebnis für die zukünftige Arbeit kommen, wann sollten wir das denn tun? Ich lege einen Verrechnungsscheck über 100 DM bei - für die beiden „dicken“ Lieferungen an mich und meine Tochter und gleich als kleiner Beitrag für die kommenden Ausgaben.

Hanne List, Nürnberg

Vielen Dank für die beiden Nummern des „RotFuchs“. Habe sie mit großem Interesse gelesen und finde: Das ist eine Publikation mit echtem Biß!

Günther Ellguth, Potsdam

Der „RotFuchs“ wandelt auf traditionellen Pfaden. Die Solidarität zwischen den Arbeitern Deutschlands und der Tschechoslowakei hat eine lange Tradition. In der Zeit des Faschismus wirkten deutsche Widerstandskämpfer und tschechische Antifaschisten eng zusammen. Nach dem 2. Weltkrieg verbrüderten sich die Völker der ČSSR und der DDR. Nach der Konterrevolution, die 1989 in beiden Ländern stattfand, wurden neue Wunden aufgerissen - und wieder waren es Kommunisten auf beiden Seiten, die sich die Hände reichten. Seitdem haben wir an vielen Veranstaltungen in der Tschechischen Republik teilgenommen. Bei jedem großen Meeting der tschechischen Genossen sind auch deutsche Gäste dabei. So gelangte der „RotFuchs“ ins Nachbarland. Er besitzt dort unter tschechischen Kommunisten so manchen Leser, wird hier und dort in die Landessprache übersetzt. Auch die Tageszeitung der KSČM brachte bereits Artikel aus dem „RotFuchs“, der so zu einem Bestandteil der proletarischen Freundschaft zwischen Menschen beider Länder geworden ist.

Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Herzliche Grüße von tschechischen Kommunisten aus Jičín. Ich möchte mich sehr für die perfekte Zusendung des „RotFuchs“ bedanken. Wir haben wenig Informationen über die Situation in der BRD. Unsere guten Kontakte zu DKP und PDS vermitteln uns nur einen Einblick in die wichtigsten Probleme, aber nicht so grundsätzlich

bearbeitet, wie das im „RotFuchs“ geschieht. Ich habe für unsere Zeitung „Halonoviny“ den Artikel „Küsse für Madeleine“ aus Nr 8/99 übersetzt.

Mit herzlichen Grüßen

Josef Havel, Jičín

Eure bisherigen Beiträge haben mir sehr gut gefallen und mit großem Interesse warte ich schon voller Ungeduld auf die nächsten Ausgaben.

(Beigefügt ist eine Solidaritätserklärung für Egon Krenz sowie eine materielle Hilfe für das Weitererscheinen des „RotFuchs“)

Monika Paul, Leipzig

Auf meinen Geburtstagstisch zum 60. hatte mir meine Frau auch den Oktober-„RotFuchs“ gelegt. Er befand sich am gleichen Tag in unserem Briefkasten. Meine Frau weiß, womit sie mir eine Freude bereiten kann. Trotz zahlreicher Geburtstagsgäste fand ich die Zeit, den „RotFuchs“ zumindest quer zu lesen. Und wie das Leben so spielt, wurden auch während der folgenden Stunden politische Debatten geführt. Als Kind hatte ich den Krieg in Bombenkellern miterlebt. Auch jetzt stand das Problem Krieg-Frieden im Mittelpunkt der Diskussion. Besonders ging es um den Platz des heutigen Deutschlands in diesem Prozeß. Aufgrund ihrer Erlebnisse im 1. und 2. Weltkrieg erzogen mich mein Großvater und mein Vater konsequent im antimilitaristischen Sinne. Als ich dann als junger Mensch zuerst die Uniform der Seestreitkräfte und später die der Volkspolizei anzog, waren beide nicht sonderlich begeistert. Ich versprach ihnen, daß ich mit dafür sorgen würde, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Bis zu meinem Ausscheiden aus den bewaffneten Organen der DDR im Jahre 1990 habe ich dieses Versprechen gehalten. Noch heute ein konsequenter Kriegsgegner, ging ich selbstverständlich auf die Straße, um gegen den Überfall auf Jugoslawien zu demonstrieren.

Und in diesem Zusammenhang komme ich auf ein Problem. Im „RotFuchs“ wird in verschiedenen Beiträgen u. a. Gregor Gysi unter Kritik gestellt. In manchen Fragen habe ich auch andere Auffassungen als er. Jedoch hatte sein Mut zum offenen Protest im Bundestag und anderswo für mich Vorbildwirkung. Das muß auch einmal gesagt werden.

Anbei wieder ein paar Briefmarken.

Henry Schönherr, Torgau

Liebe „RotFuchs“-Redaktion, wir sind seit geraumer Zeit Leser Eurer Zeitschrift. Nun hatten wir Besuch von unseren Eltern aus Thüringen und damit sehr interessierte Leser. Wir möchten Euch bitten, die Zei-

tung ab sofort auch ihnen zukommen zu lassen. (Adresse ...)

Dort wird der „RotFuchs“ auf jeden Fall durch viele Hände gehen und den Leserkreis vergrößern! Wir freuen uns schon auf die nächste Ausgabe des „roten Blattes“, macht ja weiter so!

Hartmut und Cornelia Klier, Berlin

(...) Mir ist aufgefallen, daß in den Beiträgen von Norbert Pauligk, Gerhard Feldbauer und Klaus Steiniger darauf verwiesen wird, daß die imperialistische BRD nur durch die Ausplünderung der 3. Welt bestimmte soziale Zugeständnisse an das Proletariat machen konnte, die gleichzeitig als Waffe gegen den Sozialismus eingesetzt wurden.

Das immer wieder hervorzuheben, halte ich für äußerst wichtig. „Wer billige Bananen will, muß auch für die Ausbeutung der Schwarzen sein“, hat mal jemand vereinfachend gesagt. Ich erinnere mich an kontroverse Diskussionen mit DDR-Genossen Anfang der 80er Jahre. Wir hatten gefragt, warum die DDR diesen Grund für den relativ hohen Lebensstandard in der BRD nicht politisch-propagandistisch klüger ausnutzte. Die Genossen erklärten das unter Hinweis auf das sensible Verhältnis DDR-BRD. Was uns nicht so recht einleuchten wollte und viel zu defensiv erschien, weil der Westen ja solche Rücksichten in umgekehrter Hinsicht auch nie genommen hat. (...)

Werner Hoppe, Hamburg

(...) Ein Wort zu der Frage, wie weit sich die sozialistischen Staaten an das sowjetische Modell halten haben: Nach meinen persönlichen Erfahrungen war das sehr stark der Fall. Und es ging ja auch gar nicht anders, da es weder eigene noch andere als die sowjetischen Erfahrungen zum Aufbau eines nichtkapitalistischen Staates gab. Ganz abgesehen davon, daß keine der jungen Volksdemokratien die notwendigen Kader besaß - und um diese zu bilden, mußte wiederum auf die SU zurückgegriffen werden. Dabei berücksichtige ich noch nicht einmal das ökonomische und militärische Potential der Neuen: Ohne die engste Bindung an die Sowjetunion hatte man absolut keine Chance.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Es macht mir Spaß, Eure Artikel zu lesen, weil sie nicht durch bundesrepublikanische Filter verfärbt sind. Ich freue mich schon auf die Nr. 22. Anbei ein paar Briefmarken.

Hans Bügel, Saalfeld

Im Zusammenhang mit dem unsäglichen Panzer-Deal mit der Türkei wird berichtet,

dieses Land wolle einen Teil der vorgesehenen Produktion von Artillerie-Munition in eigener Regie durchführen bzw. deren Endfertigung übernehmen.

Türkische Granaten spielten in den 50er Jahren bei der Erstausrüstung der Bundeswehr schon einmal eine massive Rolle. Wegen der Ablehnung minderwertiger türkischer Getreideexporte war das Land in eine schwere Devisenkrise geraten. Von 1954 bis 1956 konnte es kaum noch reguläre Importe tätigen. (...)

Die Krise löste Altmeister Adenauer auf imperialistische Art: Für die Erstausrüstung der Bundeswehr mit Artilleriemunition durfte die Türkei solche Munition im Wert von 700 Millionen DM liefern. (Das war damals sehr viel mehr als heute) (...)

Gerhard Moest, Leipzig

Der „RotFuchs“ ist für mich und weitere Genossen ein wichtiger Bestandteil unseres politischen Lebens. Besonders angetan war ich von den Beiträgen, die sich mit dem 50. Jahrestag der Gründung der DDR befaßten. Der Inhalt vieler Artikel ist vor allem deshalb so wertvoll, weil er die Ursachen für Übel und Verbrechen des Imperialismus klar benennt.

Dank an alle Mitarbeiter des „RotFuchs“, die durch ihre Aussagen eindeutige Klassenstandpunkte vermitteln, dem Revisionismus wirksam Boden entziehen und zugleich wertvolle Argumente liefern.

Anbei etwas Futter für den „RotFuchs“.

Gerhard Höfer, Halle

In der DDR wurde durch eine Konterrevolution, die als „Reform“ getarnt war, der Kapitalismus in seiner ganzen historischen Überlebtheit herbeireformiert. Viele DDR-Bürger, die bewußt oder unbewußt die „Reform“ des Sozialismus seinerzeit unterstützten, haben längst erkannt, daß sie auf das falsche Pferd gesetzt hatten. Sie wollten einen verbesserten Sozialismus, aber keinen Kapitalismus. Dieser wurde ihnen spätestens mit Währungsunion und „Vereinigung“ übergestülpt. Vielen Ostdeutschen wird mehr und mehr klar, daß mit dem Fall der „Mauer“ auch sämtliche sozialistischen Errungenschaften gefallen sind. Vor allem auf diese Erkenntnis ist der zunehmende Stimmenzuwachs der PDS im Osten zurückzuführen. Obwohl die PDS das nicht wahrhaben möchte. Es sind bewußte und im Unterbewußtsein wirkende Erlebnisse der Bevölkerung in 40 Jahren DDR, die eine andere Mentalität als bei den Bürgern Westberlins und der BRD geschaffen haben. In der PDS sehen viele tatsächlich im positivem Sinne die SED-Nachfolgepartei - ein Begriff, mit dem sie von der Bourgeoisie verunglimpft wird. Sie sollte sich lieber dazu bekennen. Es wäre zu hoffen, daß sich die PDS nicht durch den Druck des Klassenfeindes noch mehr verwässern läßt.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

„... ein echter Bolschewik“
ZK der KPdSU 1984

Kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres verstarb am 27.10.1999 mein Mann, unser Vater, Opa und Uropa, unser

Genosse Harry Schmitt

Seit 1926 organisiert, führte sein Weg über den KJVD, Komsomol zur KPD und DKP. Als Rotarmist, Partisan, Aufklärer und Gardeoffizier nahm er an der Verteidigung von Moskau teil und erlebte die Befreiung von Berlin. Verfolgt von den Nazis und dem Bonner Regime, lebte, arbeitete, kämpfte er als unerschrockener, standhafter Kommunist und Internationalist im Geiste von Ernst Thälmann.

Er wird uns sehr fehlen.

Im Namen aller Angehörigen

Edith und Peter

Wir laden alle Mitglieder und Sympathisanten der DKP-Gruppe Nordost mit Angehörigen für

Sonnabend, den 11. Dezember 1999, 12.30 Uhr

ein, an der

letzten Parteiveranstaltung in diesem Jahrtausend

teilzunehmen.

Wir treffen uns im **Reithof Helenenau** bei Bernau zu einem gemütlichen Beisammensein mit delikatem Mittagessen und Kaffee.

Unkostenbeitrag pro Person ca. 30 Mark. **Anmeldungen bei Hartwig Strohschein** ab 1. bis 8. Dezember

(Tel.: 477 25 99) oder ab sofort beim **Gruppenvorsitzenden** (Tel.: 561 34 04).

Bildet möglichst Fahrgemeinschaften. Einzelne Genossen können in Bernau abgeholt werden.

Anfahrtsweg: Von Bernau oder von Blumberg kommend ca. 100 m vor bzw. nach dem Richtfunkturm Elisenau am Hinweisschild „Helenenau 2 km“ abbiegen. Eine Asphaltstraße führt direkt nach Helenenau.

Karl-Eduard von Schnitzler Meine Filmkritiken

1955–1960. Eine Auswahl

Mit Vorbemerkungen des Herausgebers zur Entstehungsgeschichte dieses unzeitgemäßen (?) Buches, einem Beitrag des Autors „Zur Situation des DEFA-Spielfilms“ – geschrieben anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR (1959) – und einem Geleitwort „Kunst ist Waffe“ vom 7. Oktober 1999.

72 S., br., DIN A4, 15 DM

ISBN 3-00-005190-2

Nordost-Verlag ▽

c/o W. Metzger, Essener Str. 21,
10555 Berlin

Bestellungen über den guten Buchhandel
oder direkt an den Verlag



**Allen Genossinnen und
Genossen, allen
Leserinnen und Lesern
ein ruhiges und
gesundes
Weihnachtsfest!**

Herzliche Glückwünsche

Am 5. Dezember 1999 begeht

**Genosse
Prof. Dr. Werner Pfoh
seinen 70. Geburtstag.**

Die Gruppe Nordost gratuliert diesem erprobten, standhaften Kommunisten und gütigen Menschen, der sich im sozialistischen Deutschland vom Landarbeiter zum Philosophieprofessor entwickeln konnte, zu seinem Jubiläum von ganzem Herzen.

Obwohl durch schwere Krankheit in seinen Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt, hat Werner mit beispielhafter Disziplin und in treuer Parteiloyalität am Leben der Gruppe teilgenommen. Wir wünschen diesem bewährten marxistisch-leninistischen Wissenschaftler und guten Freund eine maximale Stabilisierung seiner Gesundheit.

Unser Kollektiv wird immer reifer und erfahrener. Wir gratulieren **Bruni B., Edith, Heinz, Herbert und Walter** aus der Gruppe sowie unserem Redaktionsnestor **Eberhard** dazu, daß sie eine weitere Jahreshürde genommen haben oder im Begriff sind, das gerade zu tun.

Genossen aus der Gruppe Mitte gratulieren dem langjährigen bewährten Funktionär von KPD und DKP

**Genossen
Georg Kwiatowski**

herzlich zu seinem 75. Geburtstag
am 26.11.1999

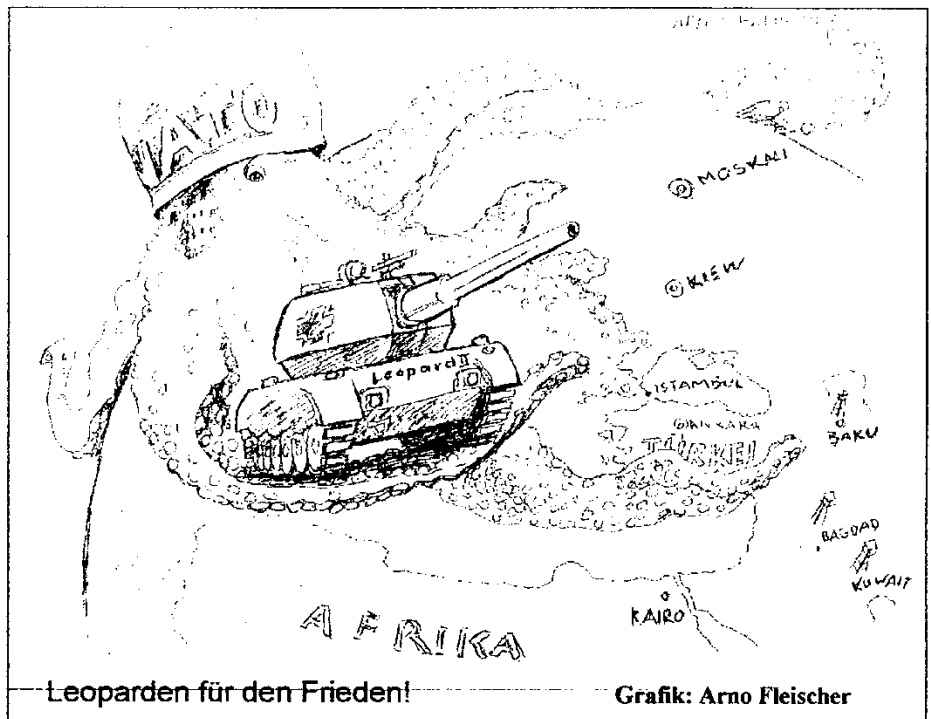
DKP-Bezirksmitgliederversammlung

**am Sonnabend, dem 5.12.1999
ab 10.30 Uhr.**

Thema:

Fortsetzung der Diskussion zum Referat Nina Hagers vom 23.10.1999

Wir bitten alle Mitglieder der Gruppe Nord-Ost um ihre Teilnahme.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Ebbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig,

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Frank Mühlefeldt

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.